

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint taglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur: mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Wittmann & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Dr. Wilmanns, 4. Jernpstr. 1007. Redaktion und Druckerei: Dr. Wilmanns, 4. Jernpstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 261.
Abonnementpreis halbjährlich: 2 Mk. 25 Pf., monatlich 50 Pf. Der Kreuzband in 2 Bänden monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen die Zeitungspreise, 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2 Pf. extra Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. —
Abdruckgebühren: die gewöhnliche Kolonialpreise 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Ausland 30 Pf. Beleggebühren: 2 Pf.

Nr. 93.

Magdeburg, Freitag den 22. April 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Massengeist im Klassenkampf.

Im deutschen Baugewerbe haben die Unternehmer einen Zusammenstoß mit der Arbeiterschaft provoziert, der an Größe alle bisherigen Kämpfe einzelner Branchen weit überragt. Nicht nach Tausenden zählt die Schar der Arbeiter, die am Kampfe beteiligt ist, sondern nach Hunderttausenden; nicht einzelne Kapitalisten oder lokale Kapitalistengruppen stehen auf der Gegenseite, sondern die wohlgerüsteten, mächtigsten Unternehmerorganisationen des Reiches.

An dem Maßstab dieser großen Kriege gemessen, erscheinen uns die Zusammenstöße früherer Zeiten als klein und unbedeutend. Gleichgültig aber, wie wir die Kämpfe früherer Zeiten gegenüber denen der Gegenwart abmessen, nicht minder als die Beurteilung der Kämpfe selbst löst uns die der Kämpfer. Es drängt uns, die Menschen zu schauen, die in diesen Kriegen zueinander, ihre Kampfestugenden und Leidenschaften mitzuempfinden, die in der Schlacht den Ausschlag geben.

Als sich die Arbeiter zum erstenmal zum Kampfe gegen die Unternehmer ermanneten, da trug ihre Aktion mehr den Charakter eines spontanen Verzweiflungsausbruchs. Und charakteristisch für den Kampf war es, daß er sich nicht gegen die ganze Klasse der Unternehmer richtete, sondern nur gegen diejenigen, die sich durch eine außergewöhnliche Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte besonders verhasst gemacht hatten.

Bald begann indes der Arbeiter über das ihn zunächst umgebende, über die lokalen Grenzen hinauszusehen. Er merkte nun, daß wohl ein kleines Mehr oder Minder seiner Ausbeutung von der Person des Unternehmers abhängig sei, daß aber die Ausbeutung selbst in den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen so verankert ist, daß diese Wirtschaftsverhältnisse geändert werden müßten, um den Arbeiter zu befreien. Gegen die kapitalistische Produktionsweise, die die Ausbeutung der Arbeitenden zum elementarsten Lebensprinzip erhob, zogen die Arbeiter in den Krieg. In diesem Kriege stellte sich ihnen nicht mehr allein der einzelne Unternehmer, sondern deren ganze Klasse gegenüber. Es begann der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Besitzenden.

Im Klassenkampf ist auf der Seite der Arbeitenden eine ungeheure Masse beteiligt. Je größer diese Masse, desto wahrscheinlicher der Erfolg. Diese Maxime ihres Handelns hat sich der Arbeiterklasse tief in das Gehirn geprägt. So lange der Arbeiter auf sich allein gestellt war, vermochte er nichts gegen die Allgewalt des Unternehmers. Der einzelne Arbeiter ist dem einzelnen Unternehmer gegenüber fast wehrlos. Wie anders aber, wenn sich die vielen einzelnen zu einem Bunde zusammenschließen! In der Masse wird der einzelne stark. Es lernte der Arbeiter auf die Kraft der Masse vertrauen, in ihrer Aktion sein Heil und seine Hoffnung zu suchen. Ein gläubiges Vertrauen zur Masse umfängt den modernen Proletarier. Nicht ein einzelner, nicht eine große überragende Individualität dünkt ihn der Befreier zu sein, sondern die aus vielen kleinen Einzelnen zusammengesetzte Macht der Gesamtheit, die Masse.

Aus dem Massengeist fließen bedeutsame Kraftquellen des proletarischen Befreiungskampfes. Nicht allein die Kraft aller erhöht sich in der Massenwirkung, auch der einzelne Arbeiter empfangt aus ihr eine geistige Erneuerung. Die Menschen, die vordem stumpf und träge dahinlebten, waren auch ängstlich und feig. Es mangelte ihnen jedes Selbstvertrauen, sie wagten gar nicht, eine Verbesserung ihrer traurigen Lage zu erhoffen, geschweige denn darum zu kämpfen. Da lernten die schwachmütigen Einzelnen die Kraft der Gesamtheit kennen. Und aus der Krafttrülle der Gesamtheit logen sie nun den Geist persönlicher Kampfeswerte. Mut und Kraftvertrauen, Kampfesbegeisterung und Freiheitsliebe kehrten in die Herzen der Proletarier ein.

Eine wichtige persönliche Eigenschaft war es aber vor allem, die der Massenkampf im Proletariat zur Entfaltung brachte: die Solidarität. Treue Kameradschaft und heroische Aufopferung der Gesamtheit, diese beiden Eckpfeiler proletarischen Handelns, sie fließen aus dem Massengeist. Die Arbeiter wissen, daß nicht jede Summe einzelner Kampfesfähigkeit ist. Sie wissen, daß ein loser, zusammengefügter Haufe keine ideale Kampferbeute sein kann. Sie wissen, daß die Masse, soll sie wirksam eingreifen können, gewisse Qualitäten ihrer Glieder zur Voraussetzung hat. Diese Kampfesqualitäten der einzelnen, ohne die die feste Masse nur ein loser, zusammenhangloser Haufe

ist, das sind eben jene Werte persönlichen Aufstiegs, die der Massenkampf in den Kämpfern auslöst.

Man spricht in den Kreisen der sogenannten Intelligenz jetzt recht viel von der Individualität und ihrem Rechte auf freie Entfaltung. Am Individualismus beaufchten sich viele, deren eigene Persönlichkeit auch so klein ist. Natürlich bilden diese Individualisten mit souveräner Verachtung auf die Massen herab, die — das ist ja wahr — für Individualitäten, die gar nichts anderes sind als eben Individualitäten, nicht viel Verständnis übrig haben. Wie sollten doch aber gerade die Individualisten den Aufstieg der Masse mit Jubel begrüßen, weil gerade er und nur er in so vielen Tausenden Menschen die Persönlichkeit erweckt! Der Aufstieg der Masse bedeutet zugleich den persönlichen Aufstieg von tausenden Tausenden Massengliedern.

Wenn ein gewaltiger Kampf wie der, der jetzt im deutschen Baugewerbe zum Austrag kommt, die Welt in Atem hält, da blicken wir mit ebenso großer Spannung auf die Chancen des Kampfes als auch auf die Personen der Kämpfer. Wir freuen uns, wenn der Kampf eine dem Proletariat günstige Wendung nimmt, und jubeln aus vollem Herzen, wenn es gelungen ist, den mächtigen Gegner zu besiegen. Wie Sieg und Jubel, teilen wir aber auch den Mißerfolg und die Niederlage mit unsern kämpfenden Brüdern. Nicht nur, weil uns ein gemeinsames Interesse aufs innigste verknüpft, nehmen wir in Leid und Freude an den Kämpfen der deutschen Bauarbeiter teil: wir sind ihnen auch durch persönliche Sympathien auf das engste verbunden.

Der gigantische Kampf, der nun entbrannt ist, muß, wie wir aus den Erfahrungen der bisherigen Massenkämpfe wissen, alle jene persönlichen Eigenschaften zur Entfaltung bringen, die — zu unserer Genugung — den einzelnen Arbeiter besser und seine Klasse kampffähiger machen. Riesenhaft wie der Kampf selbst wachsen die Solidarität und der heroische Opfergeist im Herzen der deutschen Arbeiter empor. Kraftvoller fassen die Siebe der Kämpfenden, stolzer und zukunftsfreudiger als jemals zuvor richten sich die bis nun unterdrückt Gewesenen auf.

So führt uns der Massenkampf, welches immer auch sein unmittelbarer Ausgang sein mag, dem endlichen Siege des Proletariats ein bedeutungsvolles Stück näher. Im Kampfe erwacht das Proletariat, in ihm stärkt es seine Waffen. Wir dürfen uns des Kampfes freuen, nicht allein ob der Erfolge, die er uns bringen kann, sondern schon deshalb, weil er uns kampffähiger macht. —

Der Schiedsspruch in Berlin.

Unter Vorsitz des Herrn Dr. von Schulz fällt das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts am Mittwoch abend folgenden Schiedsspruch:

Berlin, den 20. April 1910.

Schiedsspruch.

1. Die sämtlichen Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, mit Ausnahme der Einschaler) erhalten vom 13. August 1910 ab eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und vom 1. Oktober 1911 ab eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde.

2. Die Einschaler erhalten vom 13. August 1910 ab eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde und vom 1. Oktober 1911 ab eine weitere Lohnerhöhung von 2½ Pf. pro Stunde.

Begründung.

Das Einigungsamt ist mit den Parteien in völliger Uebereinstimmung dahin, daß seit dem Jahre 1906 eine Verteuerung der Lebensmittel und Verbrauchsgüter, namentlich soweit dieselben für die Arbeiter in Betracht kommen, eingetreten ist, und daß seit 1909 durch die neuen Steuererhöhungen Steuern eingeführt worden sind, durch welche das Einkommen der Arbeiter nicht unwesentlich belastet wird. Diese jüngsten Lasten sind die Arbeiter nicht in der Lage, zum Teil oder ganz von sich abzuwälzen. Wenn man weiter berücksichtigt, daß nach statistischen Feststellungen Maurer und Zimmerer durchschnittlich 1600 Mark Jahreseinkommen haben, Bauhilfsarbeiter wohl auch noch weniger, so ist nach alledem das Bedürfnis der Arbeiter im Baugewerbe nach einer Lohnerhöhung dargetan und sind somit die dahingehenden Forderungen der Arbeitnehmer gerechtfertigt.

Dabei ist nun die Frage aufzuwerfen, in welcher Weise diese notwendige Lohnerhöhung zu bemessen ist. Hierbei muß in erster Linie die Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber geprüft werden. Es ist zwar in dem Organ des Innungsverbandes deutscher Bauwerksmeister, der Bauwerksmeister-Vereinsvereinigungen und des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe (Nr. 102 vom 22. Dezember 1909) über die Beziehungen des Geldmarktes zur Baufrage behauptet, daß „im kommenden Frühjahr (nämlich 1910) auf eine Belebung der Bauwirtschaft um so mehr geschlossen werden kann, als gerade auf diesem Gebiete die zu erwartende Besserung der Geldverhältnisse im neuen Jahre besonders fördernd einwirken dürfte.“ Wider Erwarten hat sich diese Voraussage nur in sehr bescheidener Weise verwirklicht. Es liegt dies vielleicht zum Teil auch daran, daß infolge des Gesetzes betreffend Sicherung der Bauforderungen die Bauwirtschaft in Berlin bedeutend nachgelassen hat. Aus diesen Tatsachen heraus kann in Betracht, daß auch die Arbeitgeber von den neuen Steuern betroffen werden, von einer erhöhteren Leistungsfähigkeit gegen bisher nicht gesprochen werden. Wenn

man aber erwägt, daß seit 1906 die Arbeiter eine Lohnerhöhung nicht empfangen haben, und daß es den Arbeitgebern immerhin möglich ist, mindestens einen Teil der ihnen neuerdings auferlegten Leistungen auf andere Schultern zu übertragen, so mußte das Einigungsamt zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Arbeitgeber den Arbeitern für die ganze Vertragsdauer eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde zu gewähren in der Lage sind. Dies ist freilich als das Wenigste zu bezeichnen, was ihnen nach der heutigen Geschäftslage als Entgegenkommen zugemutet werden kann.

Letzter Zeit sind von den dem Baugewerbe verwandten Gewerben in Berliner Tarifverträgen geringere Beträge als 5 Pf. und dann noch auf die Vertragsdauer verteilt, gewährt worden. Ganz so ist es in dem für das Berliner Baugewerbe neu zu schaffenden Tarifvertrag zu handhaben, so daß die Gewährung der hier in Frage kommenden Lohnerhöhung zum vollen Zeitpunkt mit einem Termin ab und sofort nicht aufzuerlegen ist. Das Einigungsamt hielt es vielmehr für angemessen, die erste Rate von 3 Pf. den Arbeitern vom 13. August 1910 ab zuzubilligen, zumal da erfahrungsgemäß bis zu diesem Zeitpunkt die jetzt bestehenden vertraglichen Verpflichtungen ablaufen. Die weiteren 2 Pf. waren den Arbeitern vom 1. Oktober 1911 ab zuzusprechen, in der Erwartung, daß im Laufe der Vertragsdauer die Verhältnisse im Baugewerbe allmählich sich bessern werden.

Soweit es sich um die Einschaler handelt, sind die Verbesserungen im Gegensatz zu den Verbesserungen für die übrigen Bauarbeiter höher bestimmt worden, weil nach Ansicht des Einigungsamtes die Löhning dieser Arbeiterkategorie im Verhältnis zu der bisherigen Löhning der Maurer und Zimmerer zurückgefallen ist.

Die bisher den Einschälern gewährte Entschädigung für die Fahr- und Kaufzeit war zu freizugeben, weil eine derartige Entschädigung den Maurern, Zimmerern und andern Bauarbeiterkategorien mit Ausnahme der Zementierer und deren Hilfsarbeitern auch nicht gewährt wird.

Das Einigungsamt empfiehlt einstimmig und dringend die Annahme der von ihm gemachten Vorschläge. Namentlich die Arbeiter haben zu überlegen, daß diesmal bei einer etwaigen Ablehnung des Spruches viel mehr für sie auf dem Spiele steht als die Erlangung eines größeren oder geringeren Lohnzuschlags. Die Arbeiter werden durch Annahme des Spruches dazu beitragen, daß ihnen alles, was sie bisher durch ihre Kämpfe an wirtschaftlichen Gütern erlangt haben, völlig unangefastet in Berlin erhalten bleibt. Arbeiter sowohl wie Arbeitgeber haben die Pflicht, dadurch eine etwaige Ausprägung, welche voraussichtlich eine zu erwartende wirtschaftliche Katastrophe zur Folge haben wird, das private Interesse vor dem öffentlichen Interesse zurücktreten zu lassen. Nur durch Annahme des Spruches kann für Berlin der Friede hergestellt und die Berliner Bevölkerung vor schwerem Schaden bewahrt werden.

Berlin, den 20. April 1910.

Von Schulz, Magistratsrat, als Vorsitzender.
Arbeitgeberbeisitzer: Rettig, Emil Kruse.
Arbeitnehmerbeisitzer: Ad. Ritter, Albert Massini.
Alle Anträge der Unternehmer zum Vertragsmuster betreffend Arbeitszeit, Arbeitsnachweis usw. schieden bei der Berliner Verhandlung aus.

Die Maurer, Bauhilfsarbeiter und die christlichen Bauarbeiter werden Mittwoch abend zu diesem Schiedsspruch in den Versammlungen Stellung nehmen. Die Zimmerer fassen Donnerstag Beschluß. —

Wenn ich Arbeiter wäre . . .

Auf der Dresdener Generalversammlung des Arbeitgeberbundes, die die provozierenden Forderungen aufstellte, hat der Münchner Architekt Jellernmaier eine Rede gehalten, in der es u. a. heißt:

... Tatsache ist, daß der zentrale Abschluß der Kardinalpunkte, über den sich keine Einigung erzielen läßt. Er wird nicht angenommen von den Arbeitern. Wenn ich heute Arbeitervertreter wäre, würde ich auch bis zum letzten darauf kämpfen, daß das nicht angenommen wird, denn damit bricht die Macht der Arbeiter. Ich bin überzeugt, der Hauptpunkt unserer Verhandlungen wird das sein: bringen wir die Arbeiter dazu, mit uns zu einem Termin und auf eine gleiche Dauer einen Vertrag abzuschließen, denn beweisen wir den Willen zur Macht und werden auch die Macht haben. Die Arbeiter wollen das nicht. Sie wollen sich nicht feilschen mit einer großen Macht. Ihre Gegner brechen uns nicht die Macht, sondern aus unsern eigenen Reihen kommt der Widerstand. Wo wenn Sie debattieren, verlieren Sie nicht unnötige Zeit mit der Akordarbeit usw., erst kommt der Punkt: wollen wir die Macht haben? Sünden Sie das durch, daß wir auf einen Tag die Verträge feilschen und auf gleiche Dauer, so kommt alles andre von selbst.

Das ist das leitende Prinzip der Vertragspolitik des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Ein zentraler Vertrag, damit man immer in der Lage ist, die ganze Bauarbeiterchaft zu gleicher Zeit auszusperren, sie niederzuringen und ihr das Arie auf die Brust zu legen. Wenn ich Arbeitervertreter wäre, so würde ich auch bis zum letzten dagegen ankämpfen! So ruft dieser Wortführer der Unternehmer im Uebermut aus, und dann geht er hin und verfaßt ein Rechtfertigungsschreiben für den Bund, worin den Arbeitern die Absicht der Friedensstörung angedichtet wird, weil sie sich gegen das Anliegen dieser Söhne wehren! Mit so viel Wahrheitsliebe ist selten von Unternehmern gekämpft worden. —

Ausperrungen im Bezirk Magdeburg.

Aus Halberstadt wird uns geschrieben: Die hiesigen Scharmacher sind mit dem Stande der Ausperrung recht unzufrieden. Sie halten mit einer vollständigen Stilllegung der Bautätigkeit gerechnet. Die Kleinen von der Hand in den Mund lebenden Unternehmern zeigen natürlich keine Neigung dazu, ihre Bauten zu lassen, sie stehen daher ruhig weiterarbeiten. Nun haben sich die Scharmacher hinter die Materiallieferanten gestellt und richtig erreicht, daß diese den Weiterarbeiten lassen kein Material mehr liefern wollen.

Erreichen werden die Herren nicht viel damit, es gibt in der Umgebung Halberstadts noch Blöcke, die bereit sind, Steine zu liefern. Falls also die Unternehmer, die im vergangenen Jahre einen Vertrag mit den Maurern abschlossen, wirklich weiterarbeiten lassen wollen, werden sie auch das notwendige Material in einigen Tagen beschaffen können. Wollen sie den Großunternehmern zuliebe verzugsbrüchig werden, mögen sie es ruhig tun. Die baugewerblichen Arbeiter haben den festen Willen, in diesem ihnen aufgedrungenen Kampfe zu siegen, bis kommt es auf paar Wegwer mehr oder weniger nicht mehr an. Die Kriegskosten werden den Herren teuer zu stehen kommen. —

Eine gemeinschaftliche Versammlung aller Ausgelperrten

Am Freitag den 22. April, vormittags 10 Uhr, im „Quierspark“ statt. Es wird über den Stand der Ausperrung berichtet, auch sollen sehr wichtige Angelegenheiten der Bewegung besprochen werden. Die Kontrollmeldung für alle findet im „Quierspark“ statt. Die Kontrollen der Baustellen haben die Kontrollisten mitzubringen. Kein Ausgelperrter darf fehlen. Beachtet das heutige Inserat!

Die Kompensationen.

Das Völkchen des Terrors.

Die „Magdeburger Zeitung“ sieht sich berufen, gegenüber der „Dresdener Volkszeitung“ das Völkchen des Terrors zu singen. Unser Partikular hat einen terroristischen Akt der Dresdener Baugewerkschaften angeordnet, der den Führern in Dresden die „Mittelung“ gemacht hat, daß Vereinbarungen getroffen worden seien, um zur schnelleren Wendingung des Kampfes die Einstellung der Ziegel-, Zement-, Kalk- und Sandlieferungen während der Dauer der Sperrung herbeizuführen. Es wird dann erklärt, daß laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes in Sachsen für den Fall, daß von Lieferanten Baumaterialien gegen den Willen des Verbandes geliefert werden, Vergeltungsmaßnahmen für den den Mitgliedern zugefügten Schaden nach Wendingung der Ausperrung getroffen werden. Der Beschluß sei dahin aufzufassen, daß diejenigen, die die Arbeiter im Stich gelassen, die Konsequenzen zu tragen hätten. Die Führer haben daraufhin beschlossen, die Bauarbeiter durch zu unterstützen, daß auf die Dauer des Kampfes keinerlei Führer für Bauten ohne Genehmigung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes ausgeführt werden. Sie teilen dies durch Rundschreiben ihren Vereinsgenossen mit. Dieser Akt der Drohung und Einschüchterung, der ganz zweifellos gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt und der, von Arbeitern angewendet, ganz zweifellos lange Gefängnisstrafen einbringen würde, findet bei nationalliberalen Magdeburger Unternehmern durchaus gerechtfertigt. Bei nächster Gelegenheit aber wird es wieder den Staatsanwälten zu Hilfe rufen, wenn die Arbeiter in der Erregung auch den Streikbrechern derartige „Verhaltensmaßregeln“ in Aussicht stellen. Ja, wenn zwei daselbe tun. —

Die Ausperrung im Reich.

Aus Jena wird gemeldet: Den Bemühungen des zweiten Bürgermeisters Dr. Müller war es gelungen, im hiesigen Baugewerbe einen Waffenstillstand bis heute herbeizuführen. Die zwischen fortgeführten Friedensverhandlungen sind gescheitert. Infolgedessen werden am Donnerstag sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ausgeperrt. —

In Jena und Umgebung ist im ganzen nur etwa ein Drittel der Beschäftigten ausgeperrt. Im ganzen Gebiet des Mitteldeutschen Arbeiterverbandes sind ausgeperrt 5600 Arbeiter, 750 Zimmerleute und 1100 Bauhilfsarbeiter; es sind dies etwa zwei Drittel der Beschäftigten. —

Wie die „Jenaer Volksmacht“ meldet, hat eine große Anzahl von Bauarbeitern, die die Ausperrung bereits hinführen haben und dem Bauunternehmerverband beigetreten waren, die Arbeit, ihre ausgeperrten Leute wieder einzustellen, wenn sie sich durch Unterzeichnung eines Abkommens verpflichten, bis zum Abschluss eines allgemeinen Tarifvertrages unter den bisherigen Arbeits- und Lohnverhältnissen weiterzuarbeiten und keiner Organisation anzugehören. —

Die Tarif-„Ehrlichkeit“ der Bauunternehmer.

Gegenüber den Angaben der Bauunternehmer, daß sie sich gegen die Tarifhöhe und Tarifgrenze der Bauarbeiter wehren würden, und daß sie gerade aus diesem Grunde den gesamten Arbeitsmarkt des Landes fordern, um ihm mehr Klarheit und Ordnung zu bringen, zeigt ein Rundschreiben des Bauunternehmerverbandes für Ostpreußen die Tarifhöhe der Arbeiter im hiesigen Land. Die Bauunternehmer haben unter dem 24. Februar 1910 ein Rundschreiben an ihre Kollegen erlassen, in dem sie die Einführung der Zugarbeiten in Ostpreußen plädieren. Im Rheinprovinz sind die Arbeiter als Arbeitskolonnenführer angeordnet. Diese Einleitung der Arbeiter ist ein Zeichen der Generalkonvention. Die Arbeiter sind im Rheinprovinz aber tariflich nicht zulässig. Die nun der Arbeitgeberverband den Tarif umgehen will, wird im dem Schreiben deutlich gezeigt. Es heißt darin: —

Größe der Arbeit ist bei der Einführung von Arbeit, die sich meistens in Ostpreußen auszuführen, zu beobachten. In Ostpreußen sind Arbeiter von Ostpreußen her nach Ostpreußen zu kommen, was würde als Abwanderung, die im Vertrag verboten ist, angesehen werden.

Der in Ostpreußen gegen Ostpreußen mit Ostpreußen der Arbeiter und Arbeiterkolonnen Führer — ist es eine große oder eine kleine Zahl. Das ist eine kleine Zahl und gibt es in Ostpreußen für die bis dahin am Rheinprovinz gemeinsamen Arbeiter Arbeit mehr, so ist das in Ostpreußen kein Tarifvertrag.

Die beabsichtigte Lösung dieser Frage ist jedenfalls eine Sache des Landes (1) und der Unterlegung des Landes. Der organisierten Arbeiter sind über diese Frage weitgehend gegeben worden, unter Umständen Bedingungen des Landes, insbesondere Bedingungen der Arbeiter, weil sie ihre Interessen nicht wollen, sondern zu haben.

Der Unternehmern des Landes ist die Tarifhöhe von den Bauarbeitern des Arbeiterverbandes unter dem 22. April 1910. —

nebenbei bemerkt, bei der sächsischen Landtagswahl im vorigen Herbst an allen Plakatsäulen Leipzigs verstanden, daß es gerade ihm gelungen sei, den Frieden im Leipziger Baugewerbe so lange zu erhalten. Wie diese Friedensfähigkeit des Herrn Entz, der auch auf der Dresdener Generalversammlung der Unternehmer am 22. März so heftige Töne gegen die Bauarbeiter anschlugen konnte, schon während des noch bestehenden Tarifvertrages aussah, zeigt Klipp und klar dieses Schreiben. Was ist danach für die Zukunft zu erwarten? —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 21. April 1910.

Vor dem Scheitern.

Die „Tägliche Rundschau“ bringt in ihrem Morgenblatt folgende Meldung:

In Sachen der Wahlrechtsreform fanden am Mittwoch Verhandlungen zwischen der Herrenhauskommission und den Fraktionen des Abgeordnetenhauses statt, die allerdings keinen offiziellen Charakter trugen. Die zweite Lesung am Donnerstag wird unter Umständen eine Ablehnung der Vorlage in der Kommission des Herrenhauses zeitigen, da es nicht gelingen dürfte, Änderungen zu treffen, die die „neue Fraktion“ bewegen könnten, für die Vorlage zu stimmen. Man rechnet mit einer Ablehnung, da die Gegner auf zehn angewachsen sind. Die Regierung hat verzweifelt den konservativen Mitgliedern der Kommission mitteilen lassen, daß die Annahme der Bestimmung, daß Wahlrechtsänderungen von einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtags abhängig zu machen seien, in der zweiten Lesung den Erfolg haben würde, daß die Regierung an der Vorlage kein Interesse mehr nehmen werde; falls auch im Plenum ein solcher Antrag Gesetz würde, würde die Vorlage zurückziehen. Im günstigsten Falle rechnet man in der Herrenhauskommission mit einer Annahme von 11:9. Bei einer solchen geringen Mehrheit wären die Aussichten für das Plenum nicht sehr verheißungsvoll, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Konservativen gegen den Entwurf in jeder Form stimmen wird. Die Plenarberatung soll nicht vor dem 27. April stattfinden.

Die Zweidrittelmehrheit ist nicht der einzige Stein des Anstoßes. Die Drittelung erscheint manchem noch viel wichtiger. Die „Post“, das Organ der Freikonserverativen, erläßt daher folgende Abgabe an die Vermittler der Herrenhauskommission:

Die freikonserverative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Sitzung zu den Beschlüssen der Herrenhauskommission über die Bildung der Wählerabteilungen in größeren Gemeinden Stellung genommen. Sie erachtet die Bildung von Drittelsbezirken von nur rund 1000 bis 2000 Einwohnern für völlig unzulässig und; um der schädlichen Wirkung der Drittelung in den Wahlbezirken zu steuern, dazu bedürfte es vielmehr Drittelsbezirke von mindestens 10000 bis 20000 Einwohnern. Der von der Herrenhauskommission gefasste Beschluß ist daher nicht geeignet, an der ablehnenden Stellungnahme der Fraktion zu dem Gegenstande im ganzen etwas zu ändern.

Aus den entgegengesetzten Gründen kommt zu demselben Resultat das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“. Dort ist zu lesen:

Der Herr Ministerpräsident hat den Kommissionsbeschluß zur Drittelsungsforderung für ungenügend erklärt, um die erwünschte Grundlage für die Durchführung der Reform zu schaffen. Mit dieser Erklärung hat das Herrenhaus gewiß in herausragendem Maße zu rechnen. Einmal oder liegt die Entscheidung hier schließlich — auch vom Standpunkt der Regierung aus — weniger bei der Staatsregierung selber als bei derjenigen Partei, die eine Drittelung in größeren Bezirken zwar wünscht, aber selber darauf niemals eingewilligt gewesen ist. Dann aber wird sich auch die Staatsregierung darüber im klaren sein, daß sich eine neue Mehrheit zur Lösung der Wahlrechtsfrage nicht mehr bilden läßt, daß aber, wenn die alte Mehrheit zunächst erhalten bleiben soll, mit den Beschlüssen der Herrenhauskommission in erster Lesung mindestens annähernd die Grenze der Zugeständnisse an die Mittelparteien erreicht ist. Wenn darum in der „Nationalliberalen Parteiverammlung“ in einer Sitzung, die nur zu deutlich das nationalliberale Parteinteresse an dieser Frage verrät, der bisher von den Nationalliberalen mehr als unfreundlich behandelte Ministerpräsident wegen seiner gestrigen Erklärung in der Kommission außerordentlich gelobt wird, so wird sich doch das Herrenhaus nicht im Zweifel darüber befinden, daß es im gegenseitigen Studium der Verhandlungen weniger darauf ankommen kann, es zu gelingen, die Nationalliberalen zu einer positiven Mehrheit heranzuführen, als in der Hauptsache nur noch daran, ob überhaupt eine Mehrheit in beiden Häusern für die Vorlage noch zu gewinnen ist, oder ob sie schon im Landtage scheitern wird. Wie zu sagen, haben wir schon deshalb für überflüssig, weil das Herrenhaus bei der Beratung und mit dem gegenwärtigen Verstande nur die Möglichkeit erfüllt zu sein scheint und daß wir wenigstens haben werden, im Sprechen der ganzen Nation, da wir nach wie vor für sachlich unzulässig halten, zu belagern.

Die Kommission des Herrenhauses weiß also jetzt ganz genau, was sie heute zu tun hat. Erweitert sie die Drittelung nach dem Hege der Mittelparteien, so zerstreut sie die alte Mehrheit des parlamentarischen Blocks. Hält sie ihre Beschlässe aufrecht, so bleiben die Freikonserverativen und Nationalliberalen im Zusammenstoß stehen und die Regierung steht frei zu ihren. In dem einen wie in dem anderen Falle steht die Vorlage in die Vertiefung. Und die Regierung, zum wenigsten der Ministerpräsident, hinterdrein. —

Strafgesetz und Geschäftsordnung.

Der „Vorwärts“ weilt durchaus zutreffend darauf hin, daß die geplante Änderung der Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses nicht vereinbar ist mit dem § 165 des Reichsstrafgesetzbuchs, der jeden, der es unter-

nimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung aus dieser gewaltsam zu entfernen, mit Zuchthaus oder Haft nicht unter fünf Jahren bestraft wird. Konservativhe Mütter führen nun gegen die Feststellung des „Vorwärts“ folgendes aus:

Durch das Strafgesetz werden nur und bloß nur Handlungen mit Strafe bedroht werden, die eben nicht gesetzlich erlaubt sind. Sobald dagegen ein Gesetz — auch die Geschäftsordnung des Parlaments ist für ihren Bereich ein Gesetz — die unter Umständen gewaltsame Entfernung eines Abgeordneten für zulässig erklärt, scheiden die in ihm vorgesehenen Fälle von selbst aus den strafbaren Handlungen aus.

Der Verfasser dieser Ausführungen, die man im Zentralorgan des Bundes der Landwirte findet, hat so geringe Meinung von den im Deutschen Reich bestehenden Rechtszuständen, daß er glaubt, Reichsrecht könne durch Landesgesetz oder gar durch Geschäftsordnungsbeschlüsse eines Einzellandtags außer Kraft gesetzt werden. Nach dieser Logik dürfte Kröcher die ihm mißliebigen Abgeordneten sogar in Kollisionsfällen (Herrn oder Illustrieren lassen, sofern die Mehrheit des Abgeordnetenhauses so gültig ist, ihn durch Änderung der Geschäftsordnung die „gesetzliche“ Ernennung dazu zu erteilen! —

Starke Männer gesucht!

Man sollte glauben, der Verlauf der Wahlrechtsverhandlungen in den beiden hohen Häusern des preussischen Landtags sei Komödie genug, und es sei wahrlich nicht notwendig, dazu noch ein besonderes Satyrspiel aufzuführen. Das hohe Haus der Abgeordneten fühlt aber das Bedürfnis, ganz auf eigene Faust etwas zur Erleichterung der Mitwelt beizufügen, um sich doch wenigstens auf irgendeine Weise nützlich zu machen.

Der in erster Zeit den Sinn für Humor nicht verloren hat, lese den folgenden sehr ernsthaften Bericht aus der Geschäftsordnungskommission des Preussischen Landtags, der am Abend des 20. — nicht des 1. — April von der Berliner bürgerlichen Presse verbreitet wurde:

In der heutigen Sitzung der Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses, die zunächst zur Feststellung des Berichtes anberaumt war, erschien auch der Präsident v. Kröcher. Er bezeichnete es als einen Mangel, daß die Kommission die Frage, mit welchen Mitteln der Präsident die ihm eingeräumte Befugnis der Entfernung ausgewiesener Abgeordneter auszuführen habe, nicht erörtert hätte. Nach seiner Ansicht würden die vorhandenen Beamten und Diener des Hauses körperlich zur Durchführung von entsprechenden Maßnahmen unter allen Umständen genügen. Aber auch abgesehen davon sei es bedenklich, sie dazu zu verwenden. Er stelle daher fest, daß die Kommission vielleicht unter Zuziehung von Vertretern der königlichen Staatsregierung auch die Frage erörtern möge, ob der Präsident befugt sei, zur Durchführung der ihm beizulegenden Befugnis Behörden oder Personen in Anspruch zu nehmen, die außerhalb des Hauses stehen und als solche verpflichtet seien, den Anforderungen des Präsidenten Folge zu leisten. Eine eigene bewaffnete Macht im Hause zu schaffen, wie sie z. B. in England vorhanden sei, scheint im nicht ratsam.

Die Abregung des Präsidenten fand im allgemeinen Anklang. Von einer Seite wurde dagegen remonstriert, daß zur Beratung und Feststellung der Geschäftsordnung, die ledigliche Sache des Hauses selbst sei, Vertreter der Regierung zugezogen werden, und es wurde darin ein bedenklicher Vorgang gefunden. Auch wurde von dieser Seite darauf aufmerksam gemacht, daß es noch bedenklicher sei, die Mitwirkung von außerhalb des Hauses stehenden Behörden zur Durchführung solcher Maßnahmen in Anspruch zu nehmen, während doch allgemein alles Derartige von der Schwelle des Hauses zurückgewiesen werde.

Man hofft jedoch aber schließlich gegen zwei Stimmen, bei der Regierung anzufragen, ob und welche Behörden eventuell derartigen Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten hätten und eine Sitzung unter Zuziehung von Vertretern des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums zur Festlegung anzuberaumen.

Man wird zugeben, daß die abstoßende Roheit der jänklichen Kauschweiberpläne durch den ungewollten Humor dieses Verhandlungsberichtes wohlthätig gemildert wird. Es geht den geehrten Herren genau ja wie den Mjrnberger, die auch keinen hängen, sie hätten ihn denn eh'. Zum Auslöschen gehören eben zwei: einer, der ausschließt und einer, der sich ausschließen läßt. Und da erwartet wird, daß sich kein Sozialdemokrat dem präsidialen Gehot eines Ausschusses ohne weiteres fügen würde, ist man über die Durchführung so in Zweifel und Verwirrung geraten, daß man sogar die Gelehrten des Justiz- und des Polizeiministeriums zu einer Beratung hierüber bemühen muß.

Wie nun die Sache weiter verlaufen wird, darauf darf man mit Recht gespannt sein. Wird die Regierung auf Witten der Anter ein Hilfskorps von Schul-Leuten in das Abgeordnetenhause beordern, um mit Säbel und Browning gegen die einzigen sechs Bolschewiker des Hauses vorzugehen? Oder kommt nun wirklich der nicht vergebens an die Wand gemalte Leutnant mit dem Namen? Und wenn, was ja immerhin möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich ist, die Regierung es ablehnt, die lächerlichen Geschäfte der Mehrheit von den Organen des Staates befragen zu lassen, wird dann eine Soldnerchar angeworben, die mit Spießen und Stangen die „Würde des Hauses“ zu bewachen hat? Werden schließlich, wenn nichts anderes übrigbleibt, die Eisenburg, Kretsch, Pappenheim usw. sich persönlich bemühen? Es sind ja immerhin 202 gegen 6, also könnten sie wohl schon Mut genug haben, ihre Sache selbst zu führen, ohne nach der Polizei zu rufen!

Die ganze Affäre, die voraussichtlich mit einem westerschütternden Gelächter enden wird, hat natürlich auch ihre ernstere Seiten. Man kann aus ihr erkennen, wie grenzenlos die Führereigenschaften des Heidebrand gewöhnlich auch von seinen Gegnern überschätzt werden. Unter Heidebrands Führung stolpert die konservative Partei von

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 93.

Magdeburg, Freitag den 22. April 1910.

21. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung.

Berlin, 20. April, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Die Reichsversicherungsordnung.

Die erste Beratung des Entwurfs wird fortgesetzt. Abg. C. Anders (Fortschr. Wp.): Die pessimistischen Stimmen, daß das Gesetz scheitern werde, mehren sich. Wir würden das sehr bedauern.

Daß die Heimarbeit in den Landkrankenstellen berücksichtigt werden sollen, ist uns ganz verständlich. Wie bereits der Abgeordnete Mugdan hervorgehoben hat, lehnen wir die Landkrankenstellen überhaupt ab. Ich will heute auf Einzelheiten nicht eingehen, zum Schluß aber noch betonen, daß wir für einen der wichtigsten Punkte die Familienversicherung der Hausarbeiter halten. (Bravo! b. d. Fortschr. Wp.)

Abg. Schmidt (Soz.): Der Entwurf hat der Kritik der Arbeitgeber an dem früheren Entwurf vollständig Rechnung getragen. Nicht aber der Kritik der Arbeiter! (Zustimmung b. d. Soz.) Zu der Frage der Ermittlung von Unfällen und Festsetzung der Renten sowie der Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Versicherungsämter kommt der Bundesrat den Wünschen der Unternehmer nach. Dasselbe gilt von einer Reihe untergeordneter Fragen. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat ja auch ausdrücklich die Halbierung der Beiträge gutgeheißen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir vermehren in der Vorlage die einheitliche Gestaltung. Wir stehen im allgemeinen der Einrichtung eines allgemeinen Unterbaues für die Versicherung durchaus nicht ablehnend gegenüber. Es könnte sehr nützlich sein, wenn wir eine einheitliche Organisation hätten. Aber dem Träger des Unterbaues, wie der Entwurf ihn vorstellt, den Versicherungsämtern, werden Aufgaben zugewiesen, die keineswegs einheitlich sind. Auch ist in den Versicherungsämtern

die Vertretung der Arbeiter eine ganz unbefriedigende.

Anstatt des indirekten Wahlsystems fordern wir ein direktes Proportionalwahlrecht. Bei den Landkrankenstellen, denen jede Selbstverwaltung genommen ist, soll die Gemeindebehörde die Wahl der Arbeitervertreter vornehmen. Hier ist also von wirklicher Vertretung der Arbeiter gar keine Rede. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsern Bedauern bereuen wir, daß das Reichsversicherungsamt als Revisionsinstanz bei Unfällen fast ganz ausgeschaltet werden soll. Bei dem schiedsgerichtlichen Verfahren können wir kein Vertrauen auf eingehende Behandlung haben. Das Verfahren ist dort ein summarisches und flüchtiges, so daß der Entwurf das Reichsversicherungsamt auf Kosten der Versicherten, auf Kosten einer gewissenhaften Untersuchung der Rentenansprüche entlastet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Reichsversicherungsamt jetzt freilich auch heute kein bestimmtes Schema für Renten fest, aber es hat sich doch eine gleichartige Festsetzung für gleichartige Fälle herausgebildet. Künftig aber würden, wenn der Entwurf Gesetz wird, die Oberlandesgerichte die Renten sehr verschieden festsetzen, und diese Festsetzungen werden nicht revidierbar sein. Die Berufsgenossenschaften würden sich dann an die niedrigste Festsetzung halten, und so muß es zu einer außerordentlich

ungleichen und ungerechten Behandlung der Verletzten kommen.

Nun einige Bemerkungen zur Krankenversicherung und zur Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Arbeiter. Es ist zu verwundern, daß die Regierung, anstatt daß sie versucht, bei den Arbeitern eine gewisse Zustimmung auszulösen, an einem alten, seit 30 Jahren bestehenden Rechte der Arbeiter rüttelt. Und dieses ohne jeden zureichenden Grund und ohne ausreichende Begründung! (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Ohne Ausnahme haben auch die Unternehmer gefunden, sie hätten kein Interesse an einer Milderung des bestehenden Zustandes und sich über Uebelstände irgendwelcher Art nicht zu beklagen. Wohl aber könnten wir sehr leicht auf Uebelstände bei den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsanstalten hinweisen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun wird

die Halbierung der Beiträge

mit dem sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen begründet. Herr Gamp bemühte freilich ausreichendes Material darüber in den Motiven des Entwurfs. Aber dieses fehlt, weil eben kein Material darüber besteht, und auch in der Kommission wird die Regierung keine Beiträge bringen können. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Schon bei der letzten Session zum Krankenversicherungs-Gesetz waren wir in der Lage nachzuweisen, daß davon gar nicht die Rede sein kann. Daß Herr Mugdan die Gelegenheit nicht dazu benutzte, um Angriffe gegen die Krankenkassen zu schleudern, hat Herrn Gamp sehr enttäuscht. Ich kann das verstehen. Ich begreife aber die bessere Einsicht des Herrn Mugdan und führe sie auf die allerdings spät gekommene Erkenntnis zurück, daß es mit der freien Arztwahl zu Ende ist in demselben Augenblick, wo der Einfluß der Arbeiterkraft auf die Verwaltung der Krankenkassen von dem Einfluß der Unternehmer zurückgedrängt wird. Ich erinnere nur an die Stellung der Berufsgenossenschaften zur freien Arztwahl.

Herr Gamp meinte ferner, die Arbeiter könnten sich doch freuen, wenn die Unternehmer anstatt des bisherigen Drittels die Hälfte der Beiträge übernehmen wollten, wie sind aber

gegen Geschenke von Seiten der Unternehmer sehr misstrauisch.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie werden nicht selbstlos gegeben, und besonders dieses Geschenk hier würde teuer erkaufte werden. Zu den Behauptungen des Herrn Kauli ist nur zu sagen, daß derartiges durch ewige Wiederholung nicht an Wahrheit gewinnt. Den Kassenbeamten könnte man weit eher den Vorwurf machen, daß sie, nachdem sie in diese Stellungen gekommen sind, sich weniger als zuvor um die Kasse kümmern.

Selbstredend haben wir gegen das Proportionalwahlrecht bei den Kassen nichts einzuwenden. Wir wünschen im Gegenteil, daß alle Zweige der Arbeiterbewegung in den Verwaltungen vertreten sind und an der Selbstverwaltung interessiert werden. Gegen die Halbierung der Beiträge wenden wir uns nicht aus Parteimotiven, sondern aus der festen Überzeugung heraus, daß dadurch das ganze Niveau und die Leistungen der Krankenkassen herabgedrückt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn diese Halbierung eintritt, so werden die neuen so bedeutsamen Gebiete der Tätigkeit der Krankenkassen vielfach eine ungenügende Pflege finden, denn die Tendenz der Unternehmer wird naturgemäß sich gegen vermehrte Ausgaben und Ausgaben richten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht zu leugnen, daß manche Betriebskassen gute Leistungen aufweisen, viele aber gibt es, die notariell getrautheitsmäßig ihre alten Mitglieder abschließen, die Betriebskassen ziehen die Beiträge ein, und die Krankenkassen tragen die Lasten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Entschieden wenden wir uns gegen die vorgeschlagene Organisation der Landkassen. Es besteht kein Anlaß, den Landarbeitern die Selbstverwaltung vorzuenthalten und sie der patriarchalischen Bevormundung des Gemeindevorstandes zu unterwerfen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage trägt eine große Antipathie gegen die freien Hilfskassen zur Schau. Würde eine einheitliche Organisation der ganzen Krankenversicherung durchgeführt, so wäre gegen die Aufhebung der Hilfskassen nichts einzuwenden. Da dieses aber durch den Entwurf bekanntlich in keiner Weise geschieht, haben die freien Hilfskassen mindestens dieselbe Existenzberechtigung wie die Betriebs- und Innungskassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das

Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten

ist in der Vorlage im großen und ganzen gut geregelt. Besonders die Einigungs-Kommissionen finden im Prinzip durchaus unsere Zustimmung. Kollege Dr. Arning ist hier mit großem Eifer für das Koalitionsrecht der Ärzte eingetreten, dagegen ist gewiß nichts einzuwenden. Möge Herr Arning nun auch mit demselben Eifer für das Koalitionsrecht der Arbeiter eintreten! (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich persönlich bin durchaus ein Anhänger der freien Arztwahl. Ich kann den Ärzten aber nicht den Vorwurf erparan, daß sie gegenüber den Landesversicherungsanstalten und den Berufsgenossenschaften weit zahl-

auftreten als gegenüber den Krankenkassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bedauerlich ist, daß die unangebrachte Privilegierung der Apotheker in der Vorlage aufrechterhalten wird.

Leider hat man es versäumt, bei der Unfallversicherung die komplizierten Bestimmungen, durch die sich kaum ein Kundiger durchfindet, zu vereinfachen. Auch hätte man, dem englischen Beispiel folgend, eine Reihe von Berufskrankheiten den Unfällen gleichstellen sollen. Vor allem die Wurmkrantheit der Bergleute. (Zustimmung b. d. Soz.) Die Bestimmungen über die

Rentenfestsetzung

weisen kleine Fortschritte auf, ohne daß jedoch durchgreifend wird. Bei der Alters- und Invalidenversicherung tritt die Tendenz zutage, die Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung möglichst zu beschränken. Durch die ganze Vorlage geht ein autoritärer reaktionärer Zug, überall zeigt sich die Neigung, den Einfluß der Vorstände respektive Vorstehenden auszuüben.

Die Sätze der Hinterbliebenenversicherung sind so niedrig, daß sie weit hinter den Armenunterstützungen größerer Städte zurückbleiben. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die guten Absichten der Vorlage werden durch die arbeitgeberfeindlichen Tendenzen, durch die Beschränkung der Selbstverwaltung in Kassen- und Versicherungsanstalten durchweg aufgehoben. Wenn der Reichstag diese Bestimmungen akzeptiert, so bedeutet das

eine Vergrößerung des Schuldkontos,

das er durch seine Steuer- und Wirtschaftspolitik bereits auf sich geladen hat. Die nächsten Wahlen werden dann die Quittung darüber ausstellen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Ling (Npt.): Die Sozialdemokraten haben hier im Hause zwar scharf, aber sachlich gesprochen. Ihre Presse aber hat in wahren Ekstasen über die Vorlage gelobt. Maßvolle Sozialpolitiker müssen die Vorlage ablehnen. Ueber ihren Vorzügen jedoch wollen wir gegen ihre sehr erheblichen Fehler nicht die Augen verschließen. Mein Fraktionskollege Gamp hat das ja schon ausgesprochen. Zur Halbierung der Beiträge sollte die Regierung einfach erklären, sie halte es für ihre Pflicht, die geschwundenen Reinde der Gesellschaft auf einem Gebiete zurückzuweisen, das mehr und mehr zu ihrer Domäne geworden ist. Für die Schwächung der Freistellungen in dieser Frage hat Herr Mugdan nur sehr kundenhafte Gründe vorgebracht. — Redner wiederholt immer wieder und wieder seine Behauptungen über den sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen, der eine Herabwürdigung einer Einrichtung des öffentlichen Wohles sei. (Lachen b. d. Soz.) Die bürgerliche Gesellschaft müsse dem ein Ziel setzen. (Bravo! rechts.) Doch scheint es leider festzustehen, daß die Mehrheit für die Halbierung der Beiträge nicht zu haben ist. Die Regierung sei dem Mittelstand entgegengekommen, indem sie die Annullationsfrist nicht geapert hat; hierfür müßten die Handwerksmeister sicherlich dankbar sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Wp.) tritt für die Apotheker ein. Die meisten von ihnen hätten nicht einmal ein Einkommen von 3000 Mark, wie es doch jeder Seher am „Vorwärts“ hätte.

Ein von Konserativen, Reichspartei und Zentrum eingebrachter Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Stadthagen (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere, daß uns durch den Schlußantrag die Möglichkeit genommen ist, auf die gegen uns erhobenen Angriffe zu antworten.

Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Fernsprechgebührenordnung.

Abg. Raden (Ztr.) bezeichnet die Tendenz der Vorlage als volksfeindlich. Nicht die größere Belastung, sondern die größere Veräuflichung sei das Schlimme an dem Entwurf. Derartige Maßregeln hätten keine politischen Freunde nicht bezweckt, als sie verlangten, daß das platte Land in größeren Maße der Vorteile des Fernspreches teilhaftig werden soll. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Graf Westarp (konf.): Die Klagen aus den Kreisen der Industrie und des Handels sind zwar reichlich übertrieben. Wir sind aber gern bereit, alle Einwände in der Kommission unparteiisch zu prüfen. Redner führt des weiteren aus, daß auch

Stadt-Theater.

Magdeburg, 20. April.

Der Kronprinz, eine dramatische Historie in fünf Aufzügen von Hermann Anders und Krüger.

Der Kronprinz ist der spätere „Mite Feig“. Also ist der Stoff und die Einteilung gegeben. Fästenpiel und Schwärmerie des Kronprinzen, Härte und Brutalität des Königs, Schulden und Fluchtpläne des Jünglings, Rüstern und Erziehung des Fremdes Käte, Tabakkollegium und Begnadigung, Unterwerfung und Verschönerung. Und genau so kam es. Es war die Dialogisierung des Geistespeniums der Lektia mit getreuer Benutzung all des legendären Spüls, der von byzantinischen Fäden und Mäulern um die paar historischen Tatsachen gewunden worden ist. Als Beispiel hat irgendeinem Kriegermüßes- fesse mag's angehen, denn dort werden keine noch so geringen Ansprüche gestellt; als Vorbereitung eines Theaters aber war's unbedeutlich und abstoßend. Ich habe die armen Schauspieler bedauert, die gezwungen waren, das ministeriell gezeichnete Elementarbuch für preussische Schüler herzusprechen. Vor allem Wenzel Hoffmann (Kronprinz), Paul Gerli (Käte) und Hugo Andree (Friedrich Wilhelm I.).

Draußen, vor dem Gitter des Theatergartens, hörte ich allerdings ein andres Urteil. Eine Dame empfing eine befreundete Besucherin mit der Frage: „Na, wie war's denn?“ Und die Antwort? „Großartig, ganz großartig!“ Ich beuge mich in preussischer Untertanen- demut. —

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 20. April.

Fürstentum-Konzert. Das Programm unterschied im ersten Teil ältere und im zweiten neue Meister der Tonkunst. Im ersten kamen Händel, Bach, Gluck und Beethoven, im zweiten Verdi, Ritter (!), Wagner und Bizet zu Wort. Die Grenzlinie zwischen Beethoven und Verdi ist zwar etwas willkürlich, denn Beethoven steht über allen Einteilungen und Grenzschärfungen. Aber da Beethoven so wenig Wagner, Strauss, Schillinghies an sich hat, mag man die Einteilung des Programms, da es sich nicht um alte und neue, sondern um ältere und neue Meister handelt, gelten lassen.

Die Einfachheit des Ausdrucks der älteren Meister wurde illustriert durch Händels schön gehaltenes Overtüre in D. Bachs bekannte Arie für Streichinstrumente und Glucks Arie „Ach, ich habe sie verloren“ aus dessen Oper „Orpheus“. Wer noch nicht überzätigt ist mit neuzeitlichen Klänge, dem werden die naiven Melodien und Harmonien in wohlwollender Weise verübt haben. Freilich gehört auch reichliche Technik und Sautbarkeit des Orchesters und Verständnis des Dirigenten für die älteren Klavier dazu, diese Kompositionen wirkungsvoll zu machen. Krug-Waldsee erfüllte mit seiner Schärfe die Anforderungen in fast reiflicher Weise. Nicht so gab er heute Beethovens dritte „Leonoren“-Overtüre. Trotz

allen Eifers, den er am Pult entfaltete, schleppte das Orchester teilweise und kam überhaupt nicht zu eigenem Erfolg. Vom zweiten Teil interessierte neben Bekanntem an Orchesterischen „Dias Hochzeitsreigen“, ein symphonischer Walzer für großes Orchester von Alexander Ritter. Ritter ist im Programm unter die neuen Meister aufgenommen. Wenn er nicht schon tot wäre, würde ihn das sicher freuen und ich würde ihn beglückwünschen. Aber zwischen Verdi und Wagner nimmt er trotz seines programmatisch gut gearbeiteten Hochzeitsreigen eine doch nur gebildete Stellung ein. Doch zu seinem Walzer: Es steckt viel Stimmungsgelbst darin. Wie der finstere Stoff der Staldbieder, so entfaltet Ritter mit düstern Farben des Orchesters einen schonungslosen Wutausbruch, der sich von Anfang bis zu Ende unheimlich auf die heranziehenden Klüppeln des Walzers legt. Krug-Waldsee war hier ein vorzüglicher Vermittler.

Als Solistin war Anna Jacobs vom Stadttheater gewonnen. Sie sang Gluck, den sie fastflüchtig händelt hatte, und von Verdi die Arie der Azucena. Gluck war das Beste. Von Verdis Arie konnte ich trotz angelegentlich Hörens nur einzelne Worte verstehen. Wenn ich die Arie nicht kannte, wäre sie mir unverständlich geblieben. Diese Art des Singens legt an dem überflüssigen Bestreben, in jede einzelne Silbe noch einen besonderen Ausdruck zu legen. Wohin diese komische Art führt, zeigte mir größter Deutlichkeit die Zugabe der Sängerin, Mignons Lied „Kennst du das Land“. Hier betonte die Sängerin u. a.: „Kennst du das Land“ und ferner: „... o mein Geliebter zieh“ und läßt in beiden hervorgehobenen Wörtern die Töne stark zu- und abnehmen. Das ist ein offener Zirkelgang, dem jede Natürlichkeit und daher Berechtigung abgeht. Anna Jacobs sollte sich endlich von der Gejangs-Schulmeisterlei losmachen und, wenn sie überhaupt etwas selbständige Künstlerin ist, mehr dem eignen Empfinden folgen. Die Mignon-Arie dürfte sich auch genügend gefungen sein. rh.

Die Schlacht von Kallehne.

Ganz hinten in der Altmark, bei Trendsee herum, wo der berühmte Gustaf nagel das Licht der Welt erblickte, liegt das 300 Einwohner zählende Dörfchen Kallehne, und in der Nähe noch die Wohnstätten Samme, Belgau, Aerkau, Molts und Libars. Die Leute dieser Gegend sind überaus frischen- und militärischrom und man darf getrost annehmen, daß jeder nachts die Bibel unter dem Kopfkissen liegen hat; sie würden auch Uniformen bei ihrer Arbeit tragen, wenn das hohe Kriegsministerium es gestatten würde. Als Ersatz ist jedemann Mitglied eines Militärvereins, die Damen gehören dem Maffionsverein zur Befrumpfung barfüßiger Negeerjungen an Rekruten an.

Im wunderschönen April des Jahres 1910 — wir bitten auf die Jahreszahl zu achten — wurde dort eine zweitägige Kirchen-

bisitation abgehalten, und was im Zusammenhang mit diesem kommen Werke geschah, das mögen unsre Leser zur stillen Erbauung und göttlichen Erheiterung aus dem folgenden Bericht des Salzweider Kreisblattes ersehen. Wir sind überzeugt, daß sie uns wegen dieser Raumberdichtung nicht böse sein werden. Hört zu:

St. Alchne, 18. April. Ein großes Kriegsspiel beendete unser Kirchspiel der Bisitation. Gegen 3 Uhr rüdte die Schule von Samme an unter Führung von Herrn Lehrer Dehne und brachte dem Herrn Superintendenten Heilig vor der Pfarre ein Ständchen. Sie zog dann weiter nach Belgau, wo sie sich mit den Schulen von Merlau unter Herrn Lehrer Möbe, von Libars unter Herrn Lehrer Friedrichs, und Molts unter Herrn Lehrer Lidderwald zur angreifenden Partei zusammenstellte. Am 14. Uhr marschierte der Kriegesberber ein auf, dessen zweiter Zug sich ebenfalls den Angreifern angeschlossen, während die Artillerie, von den jungen Leuten gebildet, folgte. Mit Pfeifen und Trommelschlag und wehenden Fahnen rückten die Angreifer in ihre Stellung ein, indem sie einen Wald an Moldebauers Wiege besetzten. Viele Jäger stellten sich in dankenswerter Weise als Freiwillige zur Verfügung, während die jungen Mädchen das Samarkierkorps bildeten.

Die Schule von Kallehne-Wegau unter Herrn Lehrer Schulz, unterstützt vom ersten Zuge des Arbeitervereins unter Herrn Rentier Feis Schulz, hatte die Aufgabe, das Dorf zu verteidigen und hatte sich an Moldebauers Wiege wohl verhalten. Auf einem Erdbügel war die Heeresleitung mit Gefolge. Wir bemerken Herrn Superintendent Heilig nebst Frau Gemahlin, Herrn Pfarrer M. Schmidt nebst Frau Gemahlin, Herrn Amtsdirektor Heilig nebst Frau, Herrn Ortsvorsteher Nachigall aus Aerkau, der als 7. Militär am Feldzug teilnahm, und viele andre. Die Menge der Zuschauer, aus der ganzen weiten Umgebung herbeigeströmt, war einfach nicht zu übersehen.

Gegen 4 Uhr wurden Patrouillen beschossen und ein Dackel als Krayshund brachte die Nachricht der Nähe des Feindes, der sofort mit einem prasselnden Artilleriefeuer überschüttet wurde, jeder Schuß 25 Pf. Aber die Antwort blieb nicht aus und die Hebermacht des Feindes ließ sich nicht aufhalten. Drei Regimente verpackten auf seinem linken Flügel durch Seitwärtsbewegung eine Bedrohung der Flanke, aber wohlgezielte Salven erzwangen den Rückzug. Immer näher arbeiteten sich die Angreifer heran. Man konnte gut beobachten, wie die Kinder, unterstützt von den Schützen, mit Sprung auf 10 bis 15 Schritt vorwärts stürzten und dann im Niederwerfen auf blaue Fahnen schälen und in den Stöcken das Feuer wieder aufnahmen. Ein ohrenbetäubendes Schießen der Artillerie und Nagdwegwehre vermachte den Angreifern nicht aufzuhalten. Schon konnte man von drüben deutlich die Kommandos hören, da wurde von den Verteidigern der geordnete Rückzug angetreten. Einzelnezüge, geschickt verteilt, hielten den Gegner auf, während das Gros in die

nach dieser Vorlage das platte Land immer noch schlechter be-
kommen als die Großstädte. (Beifall rechts.)

Hg. v. M. p. (Hortfchr. Sp.): Weite Kreise wehren sich
nicht so sehr gegen die Mehrbelastung, sondern gegen die Regie-
mentierung und Bureaucratisierung des Verkehrs durch diese
Vorlage. (Zustimmung links.) Es ist sehr verstimmt, daß die
Regierung trotz der geübten Kritik die Vorlage unverändert wie-
der einbringt. (Sehr wahr! links.) Hedner spricht sich in länge-
ren Darlegungen über die verkehrshindernden Bestimmungen der
Vorlage aus, nach der in Zukunft jedes einzelne Gespräch berechnet
werden soll. Auf diese Weise erreiche man nichts anderes, als
den Gebrauch des Telefons dem Publikum zu verketten. (Bravo!
b. d. Hortfchr. Sp.)

Staatssekretär Kräfte: Eine neue Verteilung der Ge-
bühren ohne Verminderung der Einnahmen sei notwendig. Seit
Einführung des gemischten Systems habe sich übrigens die Zahl
derjenigen Teilnehmer, die das Einzelgespräch bezahlten, weit jäh-
rer vermehrt als die der pauschalen Teilnehmer. Daraus sei
doch zu schließen, daß das Publikum diese Form vorziehe. Wenn
man das gemischte System beibehalte, so komme man um eine
Verminderung der Einnahmen nicht herum.

Hg. v. R. (Geißelberg, Land.): Allerdings war es ein
Wunsch des Reichstags, dem Lande und den kleinen Städten die
Benutzung des Telefons zu verbilligen. Das sollte aber nicht
eine agrarische Liebesgabe auf Kosten der Städte werden. Die
Bedenten der Kaufmännischen und gewerblichen Kreise sind in der
Stimmung eingehend zu prüfen. (Beifall b. d. Land.)

Hg. Dr. S. (Sag.): Unser Standpunkt zur Vor-
lage ist unverändert. Wir wollen prüfen, ob nicht solche Teil-
nehmer, die weit über den Durchschnitt hinaus vom Fernsprecher
Gebrauch machen, mehr zu den Kosten herangezogen werden können.
Wir wollen ferner dafür eintreten, daß die gegenwärtige Einrichtung
des Fernsprechers auf dem platten Lande mehr zugänglich wird.
Wir verwerfen aber entschieden jeden Versuch, den Verkehr zu er-
schweren und zu verteuern und neue agrarische Vorrechte zu
schaffen. Die Vorlage ist aber eine Erleichterung und
Bekämpfung des Verkehrs. Die Postverwaltung konnte
nach den Debatten des Vorjahrs über die Haltung der über-
wiegenden Mehrheit nicht im Zweifel sein. Es ist deshalb er-
freulich, daß diese Vorlage ohne Forderungen wieder einge-
bracht ist. Es kennzeichnet die Postverwaltung, daß sie bei dem
unbefriedigend Zustand der minimalen Verbreitung des Fern-
sprechers darauf dringt, das Publikum noch mehr abzusprechen.
Damit ist überdies das Urteil der Verwaltung gesprochen. (Sehr
wahr! b. d. Sp.)

Wenn man davon gebräut hat, man müsse
Leistung und Gegenleistung gegeneinander abwägen, so ist das
eine völlige Verkennung des Charakters des modernen Verkehrs-
wesens. Wenn die Vorlage nicht einschneidende Änderungen
erfährt, ist sie für uns unannehmbar. (Lebhafter Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

Hg. v. i. z. (Sp.) erklärt, daß für ihn wie für den größeren
Teil seiner Fraktion die Vorlage unannehmbar sei.
Hg. v. r. z. (Wichig, Sp.) nimmt der Vorlage zu.
Die Debatte schließt und die Vorlage wird der Budget-
kommission überwiegen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Sitzungsstunden und
Heinere Vorlagen).
Schluß 7 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung.

Berlin, 20. April, vormittags 11 Uhr.

Im Ministerrath: Von Trost zu Trost.
Die zweite Lesung des Kultusgesetzes wird fortge-
setzt beim Staatssekretär v. Kräfte.

Hg. Dr. G. (Hortfchr. Sp.) spricht sich für vermehrte
Einkünfte der Geistlichen auf die Volksschule und Maßnahmen
gegen den Lehrermangel aus, bleibt aber im einzelnen auf der
Tribüne unvernünftig.

Hg. v. R. (Geißelberg, Land.): Wenn auch in den
letzten 10 Jahren viel für die Volksschule geschehen ist, so werden
wir doch noch viel tun müssen, bis unsere Volksschule voll auf
der Höhe ist. Das Lehrerbildungsproblem hat dem vornehmsten
einigenmaßen abgeholfen, es werden sich jetzt wieder die Zahlen
von Lehrern zählender diesem Beruf zu. Ein Mangel ist noch,
daß in vielen ländlichen Gemeinden nicht genügend
Wohnungen für verheiratete Lehrer vorhanden
sind. Hedner wendet sich des weitern gegen die geis-
tliche Schulaufsicht. Die Einrichtung der Fortbildung-
kurse für Volksschullehrer ist zu begrüßen, sie sind vorwiegend
als die Zulassung zum Universitätsstudium. Für den Lehrern

Verteidigungswaffen einräumt, die schon vorher von den Meistern
durch Parafaden sich unannehmbar hinter dem Gehört von
Sache und Hagen in Belgien hergeleitet waren. Seit eine halbe
Stunde beschauete der Redner, aus folche es ihm offenbar an
Munition, dem Lehrenden wieder aus dem Mund zu kommen,
um dort zu reaktivieren.

Gegen 5 Uhr haben er den Angriff mit gedehnten Ange-
sicht auf. Ein Graben, der bis zum letzten Mann vertheidigt
wurde, hat im Anmarsch bald da, bald dort für man die
Jüde aufstehen, bis annehmbar wieder aufstehen und wieder
den liegen und stehen. Es wurde ernst. Er hat noch heute man
durch das Ansehen des Kommandos von Herrn v. R. z. z.
Schulz mit geller der Summe: Annehmbar Annehmbar, 100
Schritt, Salbe, geht weiter, Schritt, und aus dem Graben und
Graben ging ein überaus großer Ansehens auf den Rand des
nieder, aber wieder ist der Ansehens etwas auf, und da gab
es kein Halten mehr. Die Annehmbar wieder, die Annehmbar
aussehen, die Annehmbar wieder, aus dem Graben und wieder
ist. Es kam zum Ansehens der Annehmbar, und
man hat den Ansehens wieder, aus dem Graben und wieder
ist.

Herr v. R. z. z. (Wichig, Sp.) nimmt der Vorlage zu.
Die Debatte schließt und die Vorlage wird der Budget-
kommission überwiegen.

Wenn man dieses Kultusbild aus dem Anfang des 19. Jahr-
hunderts ist genau hervorgehen, wenn man die Zahlen über
die die Kirche gerade ganz erkennen und verstehen will. Sie ent-
halten aus dem das Hervorhebung eigener Position. Sie ent-
decken diese Aufgabe aus ist. Jedoch der Ansehens der neuen
Stellung des Kultus bewerkstelligt Ansehens, kann mit der
Schicht der Ansehens zusammen sein. Der Sozialdemokratie aber
wird erkennen, was ist auf dem Lande noch zu tun übrigbleibt.

sind kein der Meinung, daß auch der Religionsunterricht von den
Lehrern zu erteilen ist. Zur Festigung des in der Volksschule
Gelehrten sollte ein Oberstudium auf die Volksschule ge-
setzt werden, damit die Jugend gegen die sozialdemokrati-
schen Einflüsse stark gemacht werde und aus ihr tüchtige
Menschen und gute Patrioten für das praktische Leben
hervorgehen. (Bravo! rechts.)

Hg. Dr. v. H. (Hortfchr. Sp.): Zur Aufsicht über die
Volksschule sind in erster Reihe die herborragenden Kräfte des
Volksschullehrerstandes berufen. Die bei Verabschiedung des
Lehrerbildungsgesetzes erhoffte Beruhigung in Lehrerkreisen
ist leider nicht in vollem Maß eingetreten. Die Festsetzung der
Mittelschulbildung erregt große Mißstimmung.
Kultusminister v. Trost zu Trost: Im Gegensatz zu
dem Herrn Vordröder habe ich doch den Eindruck aus Zuschriften,
die an mich gelangt sind, gewonnen, daß doch durch das Lehr-
erbildungsgesetz in weiten Kreisen unserer Lehrerschaft Beruhigung
eingetreten ist, namentlich in den Kreisen der Landlehrer.
Die Mißstimmungen werden bei Gelegenheit des Jahres
heute zugegangenen Entwurfs zu regeln sein. Sollte die Mit-
teilung richtig sein, daß ein Kreisinspektorenlehrer gewarnt
hat, in einem Berufsverein von Lehrern einzutreten, so würde
ich das nicht für richtig halten. Es muß den Lehrern überlassen
werden, in welchen Berufsvereinen sie eintreten wollen.

Hg. v. S. (Hortfchr. Sp.): Auf dem Gebiete des Volks-
schulwesens, besonders des Ländlichen, sind noch so schwere Miß-
stände vorhanden, daß der Minister reichlich Arbeit finden wird.
Noch der dritte Teil der Volksschüler wird

in nicht normalen Schulen unterrichtet.
(Hört, hört! links.) In Bildungseinrichtungen für Lehrerinnen
besteht eher ein Mangel als ein Ueberschuß. Den Ausführungen
des Herrn v. H. J. über die Fachschulaufsicht kann ich mich an-
schließen. Bei den Bestimmungen auf Dezentralisation des Schul-
wesens handelt es sich mehr um Verwirklichung der Selbst-
ständigkeit des Schulwesens und Einsetzung des Land-
rats als Schulaufsicht. (Sehr wahr! links.) Einem poli-
tischen Beamten darf nicht die ausschlaggebende Stellung in der
Schule eingeräumt werden. (Sehr richtig! links.) Wir stehen
daher diesen Vorschlägen mit äußerstem Mißtrauen gegenüber.
Auf dem Breslauer Katholikentag hat Herr Herold folgende
Aussage getan: Wir wollen unsere volle Aufmerksamkeit dahin
richten, daß in katholischen Schulen nur Lehrer zur
Anstellung gelangen, die wirksame Mitglieder des
katholischen Lehrervereins sind. (Hört, hört! links.)
Auf dem vierten preussischen Lehrertag ist eine scharfe Resolution
gegen diese Worte angenommen worden, der wir uns nur an-
schließen können. Ich richte die Frage an das Zentrum, ob es
diesen Standpunkt des Herrn Herold teilt? In bezug auf
Lehrerbildungen bleibt noch sehr viel zu tun übrig.
Vielmehr wird noch den Lehrern auf dem Lande eine Wohnung,
bestehend aus Stube und Kammer, zugewiesen. In zahlreichen
Gemeinden ist die Mittelschulbildung für die Lehrer sogar
herabgesetzt worden. (Hört, hört! links.) Sehr vielfach sind
auch die Klagen über die nicht ausreichenden Ortszulagen.
Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Bei uns wird der Lehrer zum
politischen Agitator gemacht. Gerade die Lehrer aber
müssen in politischen und nationalen Dingen unparteiisch sein.
(Sehr richtig! b. d. Polen.) Auch der Religionsunterricht wird
bei uns mißbraucht zu Germanisierungszwecken. Hedner verliest
eine Reihe von Schreiben polnischer Kinder über Vor-
gänge im Religionsunterricht. Ein Lehrer habe danach gesagt:
„Die Polen kommen nicht in den Himmel“; „Die Kinder sollten
auf die Eltern nicht hören, wenn diese sie in den polnischen
Vordröder unterrichten.“ (Hört, hört! b. d. Polen.) Vielfach
werden die Kinder gefragt, was für Zeitungen die Eltern halten.
(Hört, hört!) Ein Schüler schreibt mir: „Der Lehrer sagt, wir
sollten nicht Polnisch sprechen aus Liebe zu Preußen, daß die
Polen aus Not und Elend herbeikommen. In der polnischen
Geschichte habe ich gelesen, daß das eine Lüge ist, und meine Mutter
sagt mir, ich solle nicht aufhören, die polnische Sprache zu lieben;
der Kaiser habe selbst gesagt, den Polen soll die Mutterpredigt
nicht genommen werden.“ Denken Sie, in welchen Gewissens-
konflikten ein solches Kind leidet! (Sehr wahr! b. d. Polen.) Sehr
oft lassen sich die Lehrer zu Verhöhnungen und Mißhandlungen
der polnischen Kinder hinreißen. Lassen Sie diese Kinder wie
polnische Hunde, polnische Affen, polnische Schweine-
köpfe sein. Ein Kind schreibt bei der Erwähnung solcher Miß-
handlungen: „Ich werde es jetzt noch 1 Jahr aushalten, aber
dann werden die Preußen einen Freund an mir nicht haben.“
Das schreibt ein Kind, Herr Minister! Die Kinder werden dazu
angehalten, auszuspiemieren, ob ihre Mitbürger einmal Polnisch
sprechen. Wenn der Kreisinspektoren kommt, vertritt
der Lehrer den Stolz im Schrank und verbietet den
Schülern, zu sagen, daß sie mit dem Stolz geschlagen worden sind.
So werden die Kinder zum Demütigen und Lügen erzogen.
Ich erwarte, daß der neue Herr Kultusminister das eingehende
Material prüfen und strenge Untersuchung einleiten lassen
wird, damit nicht denartige Verbrechen an der Kinderseele ver-
übt werden. (Bravo!) Solche Zustände führen dann zum
Zerfall, in dem die rote Macht der Staatsgewalt über Ver-
stand und Gewissen gesetzt hat. Wir sind überzeugt, daß
Vernunft und Gerechtigkeit schließlich doch den Sieg davontragen
werden. (Bravo! b. d. Polen.)

Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Der Herr Vordröder hat
heutige Angriffe gemacht gegen die Lehrer in den Bezirken mit
polnischer Bevölkerung. Er hat verübt, diese unerbürdlichen An-
griffe in einer ganz neuen Art und Weise zu beweisen. Namen
hat er dabei nicht genannt, sondern hat uns eine Reihe Briefe
polnischer Kinder vorgelesen. Wie sind denn diese Briefe zu-
samme gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich denke, Ihre pol-
nischen Kinder sind nicht in der Lage, Polnisch zu schreiben!
(Sehr wahr! rechts.) Glauben Sie wirklich, daß man annehmen
kann, daß diese Briefe ohne äußere Hilfe frank an Sie ge-
schrieben sind? Wie ist denn auf den Inhalt dieser Briefe keinen Wert
gelegt. Wie hat denn die Handhabung des Inhalts dieser Briefe
bestanden. Die Sie bekommen haben? Solange mir die Lehrer
nicht beruhigt werden, die ich so verurteilen haben, wie in den
Briefen bekannt ist, muß ich behaupten, daß die Angaben in
den Briefen unrichtig sind. (Sehr wahr! rechts.)

Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Der Herr Vordröder hat
heutige Angriffe gemacht gegen die Lehrer in den Bezirken mit
polnischer Bevölkerung. Er hat verübt, diese unerbürdlichen An-
griffe in einer ganz neuen Art und Weise zu beweisen. Namen
hat er dabei nicht genannt, sondern hat uns eine Reihe Briefe
polnischer Kinder vorgelesen. Wie sind denn diese Briefe zu-
samme gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich denke, Ihre pol-
nischen Kinder sind nicht in der Lage, Polnisch zu schreiben!
(Sehr wahr! rechts.) Glauben Sie wirklich, daß man annehmen
kann, daß diese Briefe ohne äußere Hilfe frank an Sie ge-
schrieben sind? Wie ist denn auf den Inhalt dieser Briefe keinen Wert
gelegt. Wie hat denn die Handhabung des Inhalts dieser Briefe
bestanden. Die Sie bekommen haben? Solange mir die Lehrer
nicht beruhigt werden, die ich so verurteilen haben, wie in den
Briefen bekannt ist, muß ich behaupten, daß die Angaben in
den Briefen unrichtig sind. (Sehr wahr! rechts.)

Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Der Herr Vordröder hat
heutige Angriffe gemacht gegen die Lehrer in den Bezirken mit
polnischer Bevölkerung. Er hat verübt, diese unerbürdlichen An-
griffe in einer ganz neuen Art und Weise zu beweisen. Namen
hat er dabei nicht genannt, sondern hat uns eine Reihe Briefe
polnischer Kinder vorgelesen. Wie sind denn diese Briefe zu-
samme gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich denke, Ihre pol-
nischen Kinder sind nicht in der Lage, Polnisch zu schreiben!
(Sehr wahr! rechts.) Glauben Sie wirklich, daß man annehmen
kann, daß diese Briefe ohne äußere Hilfe frank an Sie ge-
schrieben sind? Wie ist denn auf den Inhalt dieser Briefe keinen Wert
gelegt. Wie hat denn die Handhabung des Inhalts dieser Briefe
bestanden. Die Sie bekommen haben? Solange mir die Lehrer
nicht beruhigt werden, die ich so verurteilen haben, wie in den
Briefen bekannt ist, muß ich behaupten, daß die Angaben in
den Briefen unrichtig sind. (Sehr wahr! rechts.)

Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Der Herr Vordröder hat
heutige Angriffe gemacht gegen die Lehrer in den Bezirken mit
polnischer Bevölkerung. Er hat verübt, diese unerbürdlichen An-
griffe in einer ganz neuen Art und Weise zu beweisen. Namen
hat er dabei nicht genannt, sondern hat uns eine Reihe Briefe
polnischer Kinder vorgelesen. Wie sind denn diese Briefe zu-
samme gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich denke, Ihre pol-
nischen Kinder sind nicht in der Lage, Polnisch zu schreiben!
(Sehr wahr! rechts.) Glauben Sie wirklich, daß man annehmen
kann, daß diese Briefe ohne äußere Hilfe frank an Sie ge-
schrieben sind? Wie ist denn auf den Inhalt dieser Briefe keinen Wert
gelegt. Wie hat denn die Handhabung des Inhalts dieser Briefe
bestanden. Die Sie bekommen haben? Solange mir die Lehrer
nicht beruhigt werden, die ich so verurteilen haben, wie in den
Briefen bekannt ist, muß ich behaupten, daß die Angaben in
den Briefen unrichtig sind. (Sehr wahr! rechts.)

Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Der Herr Vordröder hat
heutige Angriffe gemacht gegen die Lehrer in den Bezirken mit
polnischer Bevölkerung. Er hat verübt, diese unerbürdlichen An-
griffe in einer ganz neuen Art und Weise zu beweisen. Namen
hat er dabei nicht genannt, sondern hat uns eine Reihe Briefe
polnischer Kinder vorgelesen. Wie sind denn diese Briefe zu-
samme gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich denke, Ihre pol-
nischen Kinder sind nicht in der Lage, Polnisch zu schreiben!
(Sehr wahr! rechts.) Glauben Sie wirklich, daß man annehmen
kann, daß diese Briefe ohne äußere Hilfe frank an Sie ge-
schrieben sind? Wie ist denn auf den Inhalt dieser Briefe keinen Wert
gelegt. Wie hat denn die Handhabung des Inhalts dieser Briefe
bestanden. Die Sie bekommen haben? Solange mir die Lehrer
nicht beruhigt werden, die ich so verurteilen haben, wie in den
Briefen bekannt ist, muß ich behaupten, daß die Angaben in
den Briefen unrichtig sind. (Sehr wahr! rechts.)

Hg. v. R. z. z. (Wichig, Sp.): Der Herr Vordröder hat
heutige Angriffe gemacht gegen die Lehrer in den Bezirken mit
polnischer Bevölkerung. Er hat verübt, diese unerbürdlichen An-
griffe in einer ganz neuen Art und Weise zu beweisen. Namen
hat er dabei nicht genannt, sondern hat uns eine Reihe Briefe
polnischer Kinder vorgelesen. Wie sind denn diese Briefe zu-
samme gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Ich denke, Ihre pol-
nischen Kinder sind nicht in der Lage, Polnisch zu schreiben!
(Sehr wahr! rechts.) Glauben Sie wirklich, daß man annehmen
kann, daß diese Briefe ohne äußere Hilfe frank an Sie ge-
schrieben sind? Wie ist denn auf den Inhalt dieser Briefe keinen Wert
gelegt. Wie hat denn die Handhabung des Inhalts dieser Briefe
bestanden. Die Sie bekommen haben? Solange mir die Lehrer
nicht beruhigt werden, die ich so verurteilen haben, wie in den
Briefen bekannt ist, muß ich behaupten, daß die Angaben in
den Briefen unrichtig sind. (Sehr wahr! rechts.)

öffentlich betont wird. Ich habe es seit Jahren gehört, wie im
vertrauten Kreise über all das gesprochen wird, was wir im
Religionsunterricht den Kindern einblenden müssen. Ich habe
nur vereinzelte Kollegen kennen gelernt, die sich einbilden, das
alles mit Ueberzeugung lehren zu können. Diese Stimme aus
Lehrerkreisen ist keineswegs vereinzelte, und selbst hier im Hause
haben sich Stimmen erhoben von Herren, die mit uns nichts zu
tun haben, sich aber auch unserer Ansjahung nähern. Ich er-
innere an die Ausführungen des Herrn Vordröder der national-
liberalen Partei vor 2 Tagen. Die Herren vom Zentrum werden
vielleicht daraus wieder den Schluß von der Bundesbrüderschaft
zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen ziehen, das
läßt uns natürlich ganz kalt, um so mehr, da wir auch bezüglich
der Schulfragen von den Nationalliberalen erheblich abweichen.
Ich erinnere nur daran, daß gerade die Nationalliberalen vor
einigen Jahren bei dem Volksschulunterrichtsgesetz dem Zent-
rum so weit entgegengekommen sind, daß es eigentlich gar nicht
mehr selbst Hand anzulegen brauchte, um das zu erreichen, was
es wollte. Das Volksschulgesetz legt bekanntlich die konfessionelle
Volksschule fest und läßt die Simultanschule nur als Ausnahme
zu. Unsern grundsätzlichen Standpunkt entsprechend werden wir
selbstverständlich auch dafür eintreten, daß die Schulinspek-
tionen durch Fachleute ausgeübt werden. Wir wollen,
daß sie der Geistlichkeit vollkommen entzogen werden. Wir werden
selbstverständlich die 13 geforderten Stellen für neue Kreis-
inspektoren bewilligen. Ich muß aber bedenken, daß die Schaf-
fung der Stellen nicht im gleichen Maße erfolgt wie in den letzten
Jahren. In Thüringen, Baden, Hessen, Anhalt, Hamburg, Lübeck,
Bremen besteht die geistliche Schulaufsicht nicht, und die Schul-
zustände sind dort nicht schlechter als in Preußen. Die Haupt-
frage, die hier zu erörtern ist, ist die, ob unsere Volksschulen ihre
Aufgabe erfüllen. Namentlich für die ländlichen Volksschulen im
Lande muß ich diese Frage mit einem runden Nein beantworten,
das aber auch für die städtischen Volksschulen, selbst für die in
den Großstädten, zutrifft. Erblickt man freilich die Aufgabe der
Volksschule darin, die Kinder zu dreifachen, demalst gegen
die Sozialdemokratie loszugeben — ein Standpunkt, auf dem
der Abgeordnete Freiherr v. Jellisch steht —, so ist das ein

offenbarer Mißbrauch der Volksschule.

Ereignis wird aber Herr von Jellisch dies Ziel nicht. (Sehr
wahr! b. d. Sp.) Denn die Eltern werden ihre Kinder schon
darüber aufklären, daß das, was der Lehrer ihnen von der So-
zialdemokratie vorzählt, nicht wahr ist. Sie schaffen damit nur
einen Gegensatz zwischen Lehrer und Kinder. (Sehr wahr! b. d.
Sp.) Wir erblicken die Aufgabe der Volksschule in etwas anderem.
Darin, den jungen Leuten die Kenntnisse zu vermitteln, die sie
benötigen, den Kampf ums Dasein zu bestehen. (Sehr wahr!
b. d. Sp.) Daß die Volksschulen diese Aufgaben heute nicht
erfüllen, beweist die Tatsache, daß die meisten Rekruten
nicht imstande sind, notdürftig zu lesen. Herr von
Jellisch empfahl einen Ueberbau auf die Volksschule als Mittel zur
Bekämpfung der Sozialdemokratie. Glauben Sie doch nicht, auf
diese Weise die Arbeiter der Sozialdemokratie absperrigen machen
zu können. Im Gegenteil, gerade die intelligenten, ge-
bildeten Arbeiter gehören der Sozialdemokratie an. (Sehr wahr!
b. d. Sp.) Die zurückgebliebenen, die jüden
Sie bitte in Ihren Reihen. Wir sind ja auch die ersten gewesen,
die für das obligatorische Fortbildungswesen ein-
getreten sind. Für die Stellung der Konfessionen zur Volks-
bildung ist der Ausdruck des Herrn von Jellisch im Herrenhaus
bezeichnend:

„Der Bauer soll den Pflug führen.“

hinter den Pferden hergehen, aber nicht Rechnung führen.
Ich will ihn nicht zum Redner bringen, denn dann ist er ver-
dorben.“ (Hört, hört! b. d. Sp.) Daß die Volksschulen ihre
Aufgaben nicht erfüllen, liegt zum Teil an den wirtschaftlichen
Verhältnissen der Eltern. Ich erinnere an die Untersuchungen des
Berliner Sozialrates Dr. Reinhardt, aus denen hervorgeht, daß
578 Kinder vor dem Schulgang kein Hausfrüh-
stück eingenommen hatten, darunter in 40 Fällen häufig. (Hört,
hört! b. d. Sp.) Daß 180 Kinder kein Schulfrühstück mitgebracht
hatten, daß

538 in der Mittagstunde die Hauptmahlzeit entbehren

müssen, die durch Stullen usw. ersetzt wurde. (Hört, hört! bei
den Sozialdemokraten.) Hier müßte die staatliche Schul-
inspektion eingreifen, wo die Gemeinden zu arm sind. (Sehr
richtig! b. d. Sp.) Eine weitere Ursache dafür, daß die Schule
ihre Aufgabe nicht erfüllt, ist der Lehrermangel, der noch immer
nicht behoben ist. Ferner haben im Jahre 1900 über 2 Millionen
Schulkindern überfüllte Klassen besetzt. Im 1. Mai vorigen Jahres
auch 1 1/2 Millionen. (Hört, hört! b. d. Sp.) Das sind die anti-
humanen Zahlen, wobei Klassen, in denen 70 bis 80 Kinder sitzen,
noch nicht als überfüllt betrachtet werden. Hervorragende
Vortragende wollten eine Anzahl von 50 Kindern nur in besonderen
Ausnahmefällen zulassen. Noch unserer Ansicht ist die höchstzu-
lässige Frequenz in einer Anzahl von 30 zu finden. (Sehr wahr!
b. d. Sp.)

Ich schon mit den heutigen Mitteln des Staates und der
Gemeinde wäre bei gutem Willen viel im Schulwesen zu er-
reichten. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Regierung auf das
bekannte Manheimers System lenken. In Preußen ist es
zum erstenmal in Charlottenburg angewendet worden. Ein wei-
teres Mittel, die Jugend besser auszubilden, wäre die Ein-
führung des

Unterrichts in der Gesetzkunde

in den Volksschulen. (Sehr richtig! b. d. Sp.)
Sehr traurig steht es auch und immer mit den Halb-
tagsschulen, von denen wir eine große Reihe haben. Im
Kreise Sorau hat eine Untersuchung erst kürzlich festgestellt, daß
die Wände der Dienstwohnung des Lehrers so feucht waren, daß
sich an ihnen ein dichter Pilzrasen bildete. Die Diele war vom
Schwamm zerfressen, hinter den Tapeten wuchsen Schlingpflanzen
bis zu 1 1/2 Meter Länge. Die Folge war die Erkrankung des vor-
her gesunden Lehrers an einem Nierleiden. (Hört, hört!
b. d. Sp.) Die Gemeinde verpflichtete sich im Vergleich zu einer
Abfindung von 18000 Mark. (Hört, hört! b. d. Sp.) Ein wei-
teres Mißstand ist das Unwesen der Hüttenerei, die im Interesse der
Volksschule beseitigt werden müssen. (Sehr wahr! b. d. Sp.)
Im Gegensatz zu dem Vordröder fügen wir die Volksschullehrer
sehr hoch ein. Wir verlangen daher nicht nur, daß man die Lehrer
auskömmlich bezahlt, sondern ihnen auch die staatsbürgerlichen
Rechte gibt. Dagegen verneint eine Verfügung der Regierung in
Potsdam, worin es heißt, daß es nicht gebilligt werden könne,
wenn zur Erreichung höherer Gehaltsstufen die Mithilfe solcher
Gemeindevorsteher von den Lehrern erbeten werde, deren politische
Stellung zu den erzieherischen und staatlichen Grundfragen, die im
Lehrer zu vertreten berufen sei, im Gegensatz stehe. (Hört, hört!
b. d. Sp.) Wir müssen auch protestieren gegen die Art, wie die
Regierung unsere Lehrerbereinigungen betämpft. Ich erinnere
auch an den Kampf gegen unsere Durabereine. In einem Ge-
heimrat des früheren Ministers Dr. Holle heißt es in bezug
auf die Durabereine in solchen Vereinen: „Auf den Man-
nieren der Lächerlichkeit allein wird die Verfassung des Er-
laubniswesens jedoch nur dann zu stehen sein, wenn die Zuge-
hörigkeit des Antragstellers zur sozialdemo-
kratischen Partei unzweifelhaft festgestellt ist.“ (Hört,
hört! b. d. Sp.) Ich bitte um Auskunft, ob dieser Ertrag, wemach
die Sozialdemokraten ohne weiteres als unethisch bezeichnen
werden, nachsteht. Wir werden jedenfalls weiter die Jugend in
unserm Sinne erziehen und werden dafür sorgen, daß aus ihr
tüchtige Kämpfer der Sozialdemokratie entstehen, die mit uns
für Herbeiführung vernünftiger Zustände in Preußen eintreten.
(Bravo! b. d. Sp.)

Hg. von G. (Hortfchr. Sp.): Für die Lehrer haben die Kon-
fessionen jedenfalls mehr getan als die Sozialdemokraten.
(Bravo! rechts.) Hedner tritt des weitern für die Pflege des
Gesangsunterrichts und der Sprechtechnik in der Volksschule ein.

2. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 93.

Magdeburg, Freitag den 22. April 1910.

21. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Achtung, Landpostverkäufer!

Die nächste Nummer der „Landpost“ wird der Maifeier wegen nicht zum Sonntag, den 1. Mai, erscheinen, sondern einige Tage später, jedoch so frühzeitig, daß ihre Verbreitung am 5. Mai, dem Himmelfahrtstage, erfolgen kann.

Klein-Otterleben, 21. April. (Feldarbeiterinnen.) Am Sonnabend dieser Woche, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet im Schützenklub eine öffentliche Frauenversammlung statt. Ueber „Mehr Lohn für die Feldarbeiterinnen!“ spricht Genosse Fritz Köster.

Afen, 21. April. (Eine öffentliche Frauenversammlung.) Am Sonntag findet eine öffentliche Frauenversammlung im „Berliner Hof“ statt. Die Versammlung ist so festgelegt, daß jede Frau Zeit haben muß, die Versammlung zu besuchen. Referentin ist die Genossin Wadwig (Dresden).

Barby, 21. April. (Ein Bescheid und eine Antwort.) Die hiesigen Genossen haben um die Genehmigung eines Aufzuges ersucht. Als Antwort erhielten sie folgenden Bescheid:

„Auf Ihre Gesuch vom 12. d. M. um Erteilung der polizeilichen Genehmigung zur Veranstaltung eines Aufzuges der organisierten Arbeitergesellschaft auf öffentlichen Straßen hiesiger Stadt am Sonntag den 1. Mai d. J. erhalten Sie hiermit zum Bescheide, daß die nachgesuchte Genehmigung verweigert wird, weil aus der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Diese Annahme ist in dem Umstand zu erblicken, daß der geplante Aufzug zweifellos einen staatsfeindlichen demonstrativen Zweck erfüllen soll, welcher leicht GegenDemonstrationen und damit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit hervorgerufen geeignet ist.“

Die Polizeiverwaltung. Doye.

Dieser Bescheid schließt eine schwere Beleidigung des sogenannten „ordnungsliebenden“ Bürgertums in sich, gegen die es sich selbst wehren mag, wenn es dazu den Mut hat. Von uns ging der Polizei folgende Beschwärde zu:

Durch Bescheid vom 13. April hat die Polizeiverwaltung der Stadt Barby die nachgesuchte Genehmigung zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges am 1. Mai er. den freigeordneten Arbeitern verweigert, weil Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei. Begründet wird diese angebliche Gefahr damit, daß der Zug zweifellos einen staatsfeindlichen Zweck erfüllen soll und damit GegenDemonstrationen hervorzurufen geeignet sei.

Diese Annahme ist in jeder Hinsicht irrig. Der § 7 des Reichsvereinsgesetzes gibt der Polizeibehörde nicht das Recht, Körperlichkeiten, die sie für „staatsfeindlich“ anzusehen beliebt, anders zu behandeln, als sogenannte reichstreue Vereinigungen. Die freigeordneten Arbeiter sind auch dem Staat als solchen nicht feindselig gesonnen. Sie verlangen nur, was jeder Staatsbürger durchaus verlangen kann, daß nämlich der Staat ihre Interessen ebenso schütze wie die anderer Bevölkerungsgruppen.

Am 1. Mai demonstrieren die freigeordneten Arbeiter für den Achtundtags, den Weltkrieg, Arbeiterjugend und Hinterbliebenenfürsorge durch die Gesetzgebung. Diese Forderungen sind prinzipiell längst durch die Staatsautorität anerkannt worden. Diese Anerkennung findet sich in den Arbeiterrechts- und -versicherungsgeetzen und in der Bescheidung internationaler Konferenzen durch Delegierte des preussischen Staates. Konferenzen, die ausgedehntermaßen den Zweck erfüllen sollen, den Weltkrieg zu fördern. Auch durch sehr zahlreiche andere Handlungen der Organe des Staates ist das Bestreben, dem Weltkrieg zu dienen, ihn zu fördern, bekundet worden. Wie kann also in einer Kundgebung der freigeordneten Arbeiter für diese Bestrebungen etwas Staatsfeindliches enthalten sein?

Die Gefahr endlich, daß durch das öffentliche Bekunden dieser Bestrebungen Andersdenkende zu GegenDemonstrationen veranlaßt werden könnten, liegt gar nicht vor. Sollte aber das geschehen, so würde damit in keiner Weise die öffentliche Sicherheit gefährdet werden. Denn die freigeordneten Arbeiter haben zum Beispiel bei den Aufzügen der Militärvereine niemals den Frieden gestört. Weshalb sollten denn nun die Genossen der freigeordneten Arbeiter die öffentliche Sicherheit gefährden, wenn diese einmal für ihre Willensmeinung demonstrieren?

Die demonstrative Befundung eines Willens unterliegt übrigens nicht der polizeilichen Genehmigung. Sie wird aber seit Menschengedenken von allen Vereinigungen geübt.

Nach alledem ist die Verlegung der Genehmigung nicht gerechtfertigt. Wir ersuchen daher, die Genehmigung erteilen zu wollen.

Die Leser mögen nun entscheiden, wo Logik zu finden ist, bei der staatsfeindlichen Polizei oder bei den staatsfeindlichen Demonstranten!

Genhlin, 21. April. (Unsere Polizeiverwaltung) hat was die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes anbelangt, schon oft Proben gegeben. Unsere Straßen, die dem Verkehr bisher stets genügt bei Umzügen bürgerlicher Vereine, waren zu schmal, wenn die Arbeiter gleiches Recht forderten. Auch der unruhige Geist unruher Bürgergesellschaft soll so gefährlich sein, daß es unmöglich ist, Arbeitern die Benutzung der Straße zu Umzügen zu gestatten. Die schmalen Straßen konnte man in diesem Jahre nicht heranziehen, denn es sollte nur die Hauptstraße vom Marktplatz aus benutzt werden. So hat man auf unser Gesuch um Freigabe des Markplatzes diesmal folgenden Bescheid gegeben:

Die von Ihnen am heutigen Tage nachgesuchte polizeiliche Genehmigung zu dem am 1. Mai, nachmittags $\frac{1}{2}$ Uhr, vom hiesigen Marktplatz durch die Brandenburger und Bismarckstraße nach Köpfordorf zu veranstaltenden öffentlichen Umzug mit Musikbegleitung wird hiermit verweigert und der Umzug verboten, weil aus dieser Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Erst vor kurzem sind in einer Nachbarschaft bei den Wahl Demonstrationen aus den Häusern Töpfe, Teller, Schüsseln usw. auf die Demonstranten nach den Straßen geworfen worden, wodurch nicht nur die Demonstranten selbst, sondern auch sämtliche Fuß- und Fahrweg-Passanten gefährdet wurden. Ein gleiches Verhalten der hiesigen lokalen Bürgergesellschaft steht eventuell zu erwarten und dürfte es in Ihrem eignen Interesse liegen und um Ihrer eignen Sicherheit willen angebracht erscheinen, daß dieser Umzug nicht gestattet wird. Es war daher die nachgesuchte Genehmigung — wie geschehen — zu verweigern. Die Polizeiverwaltung. Kautenfrank.

Beim Lesen dieser Zeilen jählt man sich nach Maßland verlegt, in eine Stadt, in welcher Majestätslächerereien unter den Bürgern an der Tagesordnung sind. Unsern Bürgermeister scheint nicht bekannt zu sein, daß er, wenn er diese Verächtung begibt, nur nötig hat, wie bei unruher Wahlrechtsveranstaltungen, Gendarmen und Polizeibeamte mobil zu machen, die doch bekanntlich dazu da sind, die Einwohner, auch wenn es Arbeiter sind, vor Gewalttaten zu schützen. Oder sollte er durch den neulich verübten Mord zu der Ansicht gekommen sein, daß unsere Polizei, wie in einer Versammlung des Bürgervereins ausgeführt wurde, nicht imstande sei, ihrer dahingehenden Aufgabe zu genügen? Dann kann der Herr Bürgermeister beruhigt sein, die Arbeitergesellschaft fürchtet nicht, daß sie von ihren Mitbürgern massakriert wird und sie wird trotz des ausdrücklichen Verbots des Aufzuges sich von der Selbstbestimmung über die Art, wie sie den 1. Mai feiern will, nicht abbringen lassen. Weht es nicht mit Musik, dann ohne; das Recht auf den Straßen spazierenzugehen, wird sie sich nicht nehmen lassen, es sei denn, man stellt uns ein paar Luftballons zur Verfügung, um ungeheuer von der „loyalen“ Bürgergesellschaft aus Genhlin zu verschwinden. Geipant darf man sein, wie sich die Bürger Genhlin zu diesen sie herabsetzenden Ansichten ihres Bürgermeisters stellen. An unsern Genossen liegt es, schon jetzt unermüdet zu arbeiten, damit die diesmalige Maifeier ein Protest wird gegen solche Auslegung von Reichsgeetzen.

Salzberstadt, 21. April. (An dem Streit) in der Maschinenfabrik von Dehne sind beteiligt 118 Metallarbeiter, 50 Schmiede und 41 Holzarbeiter. In der Fabrik sind nur verbleiben die Mater und Aufreder, Hofarbeiter und Lehrlinge. Dem Unternehmer, der sich weigerte, die gemäßigten Schmiede wieder einzustellen, wird es kaum möglich sein, den Betrieb lange aufrechtzuerhalten.

(Die Fleischer) halten am Freitag den 22. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab. (Siehe Interat.)

Kalbe a. S., 21. April. (Zur Aussperrung.) Am Sonntag tagte im Lokal von Krebs eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer, Bauhilfs- und Erdarbeiter welche sich mit der Aussperrung im Baugewerbe beschäftigte. Die Genossen J. A. B.

und Müller referierten. Weder Forderungen wurden hier gestellt noch bestanden Tarifverträge, trotz alledem wurden am 14. April 26 Mann, die beim Kanalbau beschäftigt waren, ausgesperrt. Diese Handlungsweise war denn doch den Ausländern und einem großen Teile der nicht organisierten Arbeiter zuzulassen und sie legten bis auf 12 Mann die Arbeit nieder. Jedenfalls ein gutes Zeichen von Solidaritätsgefühl. Inzwischen sind die Forderungen nach Leipzig abgereicht, von wo sie hierhergeliefert wurden. Um die Aussperrung zu verbollständigen, wurden am Sonnabend sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer, und Bauhilfsarbeiter entlassen, so daß 180 bis 200 Arbeiter von der Aussperrung betroffen sind. An den Geschäftsleuten und Bauinteressenten wird es nun liegen, in den der Arbeiterschaft aufgezwungenen Kampf einzugreifen. Von zuverlässiger Seite wird die Mitteilung gemacht, daß der Arbeitgeberbund der Großindustriellen für Kalbe sämtliche Frauen der Aussperrten, soweit sie bei den Herren in Arbeit stehen, mit ausschließen wollten, um damit die Männer gefügiger zu machen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen fordern wir hiermit auf, dem Gewerkschaftsrat und der Parteileitung von solcher Aussperrung sofort Mitteilung zu machen. Jedenfalls wird sich nunmehr der Magistrat veranlaßt sehen, zu vermitteln.

Neuhaldensleben, 21. April. (Eine öffentliche Frauenversammlung.) zu der 150 Frauen und eine Anzahl Männer erschienen waren, fand am Dienstag statt. Genossin Wadwig (Dresden) entrollte in 2stündiger Rede ein fesselndes Bild des sozialen Lebens der Arbeiterinnen. Dem Sozialdemokratischen Verein trat eine Anzahl Frauen bei.

Quedlinburg, 21. April. (Die falsche Frau.) Der Arbeiter Otto Hauke von hier verheiratete sich Ende Mai v. J. Am 24. Juni wollte er den seiner Frau zulebenden Betrag von 54 Mark. Die Hälfte der geleisteten Beiträge zur Invalidenversicherung, auf dem Rathaus abgeben. Als ihm bedeutet wurde, daß nicht er, sondern seine Frau die erforderliche Unterschrift zu leisten habe, wendete er ein, daß seine Frau krank im Bette liege. Daraufhin wurde ihm gesagt, daß die Unterschrift im Besitze eines Polizeibeamten in der Wohnung vollzogen werde. Hauke veranlaßte nunmehr, da seine Frau verreist war, seine Cousine, die Mitangeklagte Johanne Lohmann, sich in das Bett zu legen und für seine Frau auszugeben. Als der Beamte erschien, unterschrieb die im Bette liegende Cousine den Schein. Für den Dienst versprach er ihr 2 Mark, die sie aber nicht erhielt. Anzeige hatte die Frau des Hauke erstattet. Nachträglich berichtete sie jedoch die Anzeige wieder rückgängig zu machen. Wegen schwerer Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug wurde gegen Hauke vom Landgericht Halberstadt auf 3 Monate und gegen die Angeklagte Lohmann auf 1 Monat Gefängnis erkannt.

Schönebeck, 21. April. (Die Wahrscheinlichkeitsdemonstration vor Gericht.) Das Schöffengericht verhandelte am Mittwoch gegen den Wäcker Wilhelm Schild, dem zur Last gelegt wurde, am 13. Februar bei der Wahrscheinlichkeitsdemonstration Ruhe störenden Lärm verursacht zu haben. Schild bestreitet das; wohl habe er sich in Demonstrationszüge befunden, auf dem Markte sei jemand der Hut vom Kopfe gefallen, den er aufgehoben habe. Möglich sei dann der Polizeibeamte Miescher von hinten an ihn herangetreten und habe gesagt: „Grade Sie sind es“ und ihn mit aufs Rathaus genommen. Der Polizeibeamte Miescher behauptete, daß sich Schild an der Spitze des Zuges befunden habe, er habe sich gebückt und dann mit großer Kraft gebrüllt. Der Staatsanwalt versuchte die Aussage des Schild als ein Märchen hinzustellen, er habe sich ja nicht verbeugt. Verurteilt wurden 3 Mark Geldstrafe. Nach längerer Beratung wurde Schild freigesprochen, die Kosten trägt die Staatskasse. In der Urteilsbegründung hob Amtsgerichtsrat Haber hervor, daß die Aussage des Angeklagten nicht widerlegt sei, wohl seien laute Rufe ausgestoßen, auch habe man sich wohl gebückt, um die Rufe zu verdecken.

Tsche, 21. April. (Schonapschokoff.) Der Amtsvorsteher Schönermark hat eine Polizeiverordnung erlassen, in der den Gast- und Schankwirten für die Zeit vom Beginn der Polizeistunde bis 8 Uhr morgens und den Kleinhändlern mit Branntwein oder Spiritus für die Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verboten wird, Branntwein oder Spiritus auszuweisen oder zu verkaufen. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder entsprechender Haft bestraft. Im Wiederholungsfall hat der Zuwiderhandelnde die Einleitung des Verfahrens auf Entziehung der Konzession zu gewärtigen. Diese Bekanntmachung hat in Kreisen

Ein Verrückter.

Von Joseph Ruederer.

(45. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Verzweifelt rang der Lehrer die Hände und blickte schmerzgerissen in das starre Gesicht des Mädchens.

„Anna,“ rief er, „is alles aus? Hast Du bei Hoffnung, auch wenn i Dir sag, daß wir bald heiraten können?“

„Des g'schieht nimmer, geh.“

„I hab Dir's aber doch g'sagt, es wird g'schehen. Hab doch a Vertrauen zu mir.“

Jetzt drehte sie ihm langsam ihr Gesicht zu und ein schwacher Schimmer von Erwartung und Freude belebte sie.

„Gelt, Anna,“ rief er hastig, „wenn i mei Anstellung krieg, dann wird alles gut, das glaubst Du? Red, Herzl, red!“

„Ja, wenn das wahr wär,“ flüsterte sie.

„Es is wahr,“ stieß er heraus und suchte seiner geheimen Befürchtungen Herr zu werden, die beim Gedanken an den bevorstehenden schrecklichen Kampf wieder auftauchten. „A paar Tag dauert's noch, Anna, nacher is all's überstanden. Es handelt sich jetzt nur noch drum, daß mir der Benefiziat . . . nix mehr in'n Weg legt.“

„Wird er das tun?“ fragte sie leise.

„Der? Ha, hal! Sei gut, Anna, erschred net so! Es is halt so, wenn i 'ran denk, nacher steigt mir alles Blut auf, und i möcht karriert werd'n. Aber desmal bin i fest, er soll mir nix mehr antun, denn sonst . . . sonst erwürg i den Menschen!“

„Franz!“ Sie hatte einen furchtbaren Schrei ausgestoßen und war im Bette aufgefahren.

„Geh fort, geh fort,“ murmelte sie, „Du bist schrecklich!“ Gattl sah sie an.

„Soll i wirklich geh'n?“ fragte er bebend, „Du sagst mi weiter ohne an Grub, ohne all's. Du hast mir net amal Dei Hand geben!“

Sie wurde sanfter.

„Du Di nimmer so verjündigen,“ jagte sie und streckte ihm matt ihre Rechte entgegen. Er griff danach und suchte zusammen. Wie die Hand der sterbenden Försterin faßte sich's an, so feucht und leblos.

„Versprich mir, daß Du ruhig sein willst, und Dich net mit ihm freist.“ Tu's mir z' Lieb, Franz, i weiß nimmer, was i glauben soll.“ Leise begann sie zu weinen.

Schmerzbeengt sah er auf die Duldende herab und hätte am liebsten den Geistlichen mit beiden Fäusten vor dieses Döner gezerzt, damit er kniefällig um Vergebung bitte. Sie lächelte, wie er zitterte.

„Tu's mir z' Lieb, i bitt Dich, Franz!“

„Dir z' Lieb,“ sagte er mit rauher Stimme. Da legte sie ihre Arme um seinen Kopf und küßte ihn. Wieder war es dem Lehrer, als neige sich eine Leiche an seine Wange.

„Gut Nacht, Anna,“ sagte er und ging zur Tür. Als er sich noch einmal um'sah, sah sie im Bette und hatte schon wieder den roten Kranz ergriffen. Ihre zuckenden Lippen zeigten, daß sie eisrig betete.

Er wandte ins Freie hinaus und weinte wie ein Kind. Ueber den Bergen begann es leise zu dämmern.

*

Eine solche Hochzeit hatte Oberkarbach noch nicht erlebt. Der ganze Apparat alter, unverständlicher Gebräuche, der schon längst in der Kammer des Dorfes ruhte, wurde noch einmal ausgegraben. Ein schäbig gekleideter Hochzeitlader mit verschliffenen Seidenbändern auf dem Hut und dem riesigen Stode war herumgegangen, in erbärmlichen Versen die Einladungen zu besorgen. Kranzjungfern erschienen auf der Bildfläche, Völlerhülle weichten den Morgen ein, eignes Feisbrot für die Armen wurde gebaden, große Holzbalen wurden über die blumenbestreuten Wege gelegt als Hindernisse für das Brautpaar, das sich erst los-tausen mußte — kurz, man erinnerte sich, weil gut bezahlt wurde, der ältesten Zeremonien.

Den umfassenden Vorbereitungen entsprach das Fest selbst.

In der überfüllten Kirche spielte der Lehrer die Orgel, als das Brautpaar eintrat und sich zu andächtigen Gebet auf den Altarstufen niederließ. Dann hielt der Geistliche eine bedeutungsvolle Ansprache über die Ehe, die Treue und Liebe der Gatten.

Ein zweistündiges, feierliches Hochamt mit Predigt und Opferung folgte der Trauung, und als der letzte Orgelton verklungen war, wanderte der lange Zug, die Musik an der Spitze, ins Dorf hinab, wo das festliche Mahl im

Wirtshaus schon bereitstand. Hinter seiner Tochter, die den Kränzen trug und in ihrem Hochzeitsstaat gar prächtig aussah, ging der alte Poiten. Die kirchliche Feier hatte ihn tief ergriffen, denn er ging gefenken Hauptes einher und hielt das blaue Schnupstuch vor die Augen. Hansl führte ihn jetzt zu seinem Plaze an der großen Tafel, den er neben seinem Schwiegerohn einnahm, während der Herr Benefiziat von Göppert höflichst gebeten wurde, den Stuhl zwischen dem jungen Ehepaar als beiderem Ehrensitze zu betrachten.

Der große Saal füllte sich mit den nachströmenden Gästen. Langsam nahmen sie alle an der reichgedeckten Tafel Platz. Mit lauter Stimme betete der Geistliche ein Gebet vor. Die Anwesenden leierten es nach, während sie hungrig nach der dampfenden Suppenhülle blickten, die auf die breite Anticam an Saaleingang niedergelegt wurden.

Endlich schien man auch für diesen Tag genug gebetet zu haben und setzte sich mit lautem Gepolter zu Tische. Ein reiches, derbes Essen von zahllosen Gängen ward einge-tragen und behaglich verzehrt. Fortwährend wackten die Lakern von den Speisen in eigens hierzu mitgebrachte Tücher. Ein widerlicher Geruch von Bier, Sauerkraut und gewollterem Fleische drang durch den Raum. Verhatter wurde die Unterhaltung und als nun gar noch Wein aufgetragen wurde, erreichte der Jubel seinen Höhepunkt. An einigen Plätzen ging es schon recht bedenklich lustig zu.

Auch dem alten Poiten war der lang entbehrt Alkoholgeruch gewaltig zu Kopf gestiegen.

„Vater, sollst net so viel trinken!“ rief Kathi, die sehr einwillig dafah, zu ihm hinüber.

Poiten lachte und sah mit blöden Augen zu den Goldkandelabern des Saales hinauf, deren dicke Stakarisen man eben anzündete. Trotzdem es schon dämmerte, wurde immer noch aufgetragen und gegessen. Dazwischen pafften andre aus Zigarren und Pfeifen dicke Rauchwolken. Die jungen Burken suchten die Musik zu überbrillen, die große Bierbanzen auf ihrem Nodium stehen hatte und ohne Laß und Rhythmus ein greuliches Durcheinander auf die johlende Menge herabschmetterte.

(Fortsetzung folgt.)

Lehmann & Arndt

Neustadt, Lübecker Strasse 24, Ecke Ritterstrasse

Hervorragende Neuheiten in Jackett-Anzügen 15-54 Mk. Paletots und Ulster 10-35 Mk.

Unsere Maßabteilung ist bekannt für das Allerbeste bei tadellosem Sitz. — Wir bringen überhaupt in Herren- und Knaben-Garderoben stets das Beste, aber die größte Auswahl!

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter!

Freitag den 22. April, morgens 10 Uhr im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 10

Gemeinschaftl. Versammlung aller Ausgesperrten

360 Tagesordnung: Bericht über den Stand der Aussperrung.

Die Ausgesperrten melden sich am Freitag alle in Magdeburg zur Kontrolle. Die örtlichen Leitungen haben die Kontrolllisten mitzubringen. Die Streikleitungen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

3503 Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Gr. Mühlstraße 3, 1. Et. — Telefon-Anschluss Nr. 1912. Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 1/2 bis 12 Uhr, am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

Versammlungen finden statt:

Sonabend den 23. April, abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Lemsdorf im Lokal des Herrn J. Casar.

Bezirk Magdeburg (innere Stadt einschließlich Friedrichstadt und Werder) im Lokal des Herrn Lütkefeld, Knochenhauerufer 27/28.

Bez. Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstr.

Es steht auf der Tagesordnung der Versammlungen: Vortrag, Stellungnahme zur Generalversammlung und Beschiedenes.

In Lemsdorf referiert G. Wunderling, in Wilhelmstadt Richard Nitsch über Rom als Kaiserreich und Republik, in Magdeburg wird ein Vortrag über „Feuerbeimattung“ gehalten und wird der Name des Vortragenden in der Versammlung bekanntgegeben.

Am Sonntag den 24. April, vormittags 10 1/2 Uhr

Generalversammlung

sämtlicher zur Verwaltung Magdeburg gehörenden Bezirke und Branchen im großen Saale des Luisenparks.

Tagesordnung:

1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht.
2. Anträge aus den Bezirken und Branchen.
3. Beschiedenes.

Kollegen! Abgesehen von einigen Betrieben ist in der Metallindustrie Magdeburgs wieder ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen und damit die Vorbedingung geschaffen zur Beseitigung jener Schäden, die der Organisation und der Kollegenschaft in den letzten 8 Jahren geschlagen sind.

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen gibt es in Zukunft sehr viel zu tun. Die Generalversammlung muß deshalb eingehend über die Mittel und Wege sprechen, die zur Erreichung des vorbestimmten Ziels zur Anwendung gelangen sollen. Wir erwarten deshalb wie immer ein volles Haus.

Wir werden auf den Bescheid der letzten Generalversammlung, wonach in Zukunft jede Generalversammlung mit 10 1/2 Uhr eröffnet werden muß. Wir bitten das dringend zu beachten. Deine Mühseligkeit kein Zutritt.

Mit Gruß Die Verwaltung.

Im Einverständnis mit dem Geld Nr. 200 folgt.

Zentralverband der Fleischer u. Berufsgenossen Deutschlands

Ortsverwaltung Halberstadt

Freitag den 22. April, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße 15

Große öffentliche Versammlung

Vortrag über

Zuch und Nutzen einer modernen Organisation, und welche Erfolge hat dieselbe bereits im Fleisbergewerbe aufzuweisen?

Referent: Kollege Karl Schneider aus Karlsruhe

Eintritt in Fleischerei und Metzgereien bedingender Gelehrter, Fleischhaken und -arbeiten können mit diesen Worten nicht umgehen, da es von großer Wichtigkeit für jeden einzelnen ist, um recht schicklichen Besuch zu erlangen. Die Ortsverwaltung.

Aschersleben. Gewerkschaftskartell.

Zusatz den 24. April, abends 8 Uhr, im Gartenhof

Gr. Kunstabend

abgegeben von der Sonntagshilfswerkstatt von Margarete Walkotte aus Berlin — Ein Vortrag von Edmund Mittel aus Magdeburg — Anzeigen Tanzkränzchen. Programm: 8 30 Uhr, und zu haben in dem Kunstvereinslager, bei R. Bräuer sen., R. Bräuer jun., und im Fürstenthof. Kinder unter 12 Jahren Zutritt verboten. Kinder über 12 Jahre zahlen den vollen Eintrittspreis. Bei Ermäßigungen zu ermäßigen, wird mit schriftlichem Bescheid erbeten. 417 Der Bildungsausschuss.



Das Gemüse

schmeckt köstlich bei Verwendung der beliebten Delikatess-Margarine-Marken

Siegerin

oder

Mohra

die in Geschmack, Aroma und Verdaulichkeit feinsten Malzkereibutter gleichkommen. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten: A. L. MOHR & m. b. H. ALTONA-BAHRENFELD.

Durch den enorm billigen Preis der Original-Dürkopp-Räder erübrigt sich die Anschaffung eines Rades ohne Marke, denn der Name Dürkopp bürgt für bestes Material und feinste Arbeit. 226

Alleinvertretung für Magdeburg und Umgegend.

Dürkopp-, Patria- u. Adler-Räder

Ed. Dietzsch Berliner Str. 30/31 neben dem „Blauen Hecht“ Räder zur Reparatur werden auf Wunsch abgeholt

Größte Reparaturwerkstatt Lerbahn Tel. 2991

Buckau 325 Buckau

Schuhhaus O. Brandt

Ecke Gärtnerstraße Schuhwaren Riesenauswahl in nur besten Fabrikaten.

Billigster Bezug in haltbar, elegant. Wer einen Leiterwagen braucht, verlange gratis und franco Preisliste über die stärksten u. billigsten Leiterwagen. 237 Stets größtes Lager! G. Loof, Halberstadt — Korbfabrik.

Kalbfleisch billig!

Kalbkoteletts	Stück 50 Pf. an	452
Kalbsteaks		
Kalbsribs		
1. Rindfleisch (ohne Knochen)	Stk. nur 75 Pf.	
2. Ochsenfleisch (Steakstücke)	Stk. 70-75 Pf.	
3. Schweinefleisch	Stk. 55 60 70-80 Pf.	
Küchener	Stk. 30 Pf. bei 5 Stk. 25 Pf.	
Rindfleisch, Ochsenfleisch	Stk. 55 Pf.	
Rinderherz	Stk. 45 Pf. — Kalbsbraten Stk. 35-45 Pf.	
Prima Schmalzwurst	Stk. 1.05, bei 5 Stk. nur 1.00	

Richard Bosse, Gr. Marktstr. 20

Die deutsche Kaninchenzucht.

Zusätzliche Beschreibung sämtlicher in Deutschland gezüchteter und bekannten Kaninchen-Rassen nebst Anleitung zur Zucht. Preis nur 1.50 Mark nur 75 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme

Große Münzstraße 3.

Gebr. Rohrer

Reizreize

Praktisches Gartenbuch

von Friedrich Gud. Preis statt 1.50 nur 75 Pf. Buchhandlung Volksstimme



F. Pützkuhl

Lübeckstr. 123. Hüte, Mützen, Schirme, Handsch. Wäsche, Cravats, Hosensträger, Stöcke etc.

L. Luftschiffahrts-Lotterie

Ziehung: 23. April 1910 2065 Gew. W. M. 25 000 10 000 5 000

Luftschiffahrtslose à M. 1.- 11 St. sortiert M. 10.- Porto u. Liste 30 Pf. extra. Job: Lüneburg, Kiel

Hermann Semper

MAGDEBURG, Kaiserstr. 90. Ferner zu haben bei Carl Jacobs, Ulrichsbogen, Franz Giesecke, Johannsberg, Carl Seebach, Carl Ed. Voigtländer und überall wo bezügliche Plakate aushängen. 320

Schönebeck = Stadtpark

Am Donnerstag den 21. April und Freitag den 22. April, abends 8 Uhr 441

Großes Konzert

ausgeführt von der Kühnischen Kapelle unter Mitwirkung des allseit. beliebten Tenoristen G. de Wassner Attraktion als Einlage

Die goldene Eva

Lebende Bronzeplastiken nach berühmtesten Meisterwerken der Bildhauerkunst — Entree 30 Pfennig



BASTA

Beste spanischer Wein für Blutarme und Magenranke Überall zu haben.

1/2 Flasche rot oder weißfr. 1.75 1/2 Flasche rot oder weißfr. 1.50 mit Flasche. 182

Baumgärtners Millionen-Halle

steht voran beim billigen Einkauf ihrer Schuhwaren

Schuhwaren

Gütergasse 4, Echlade. Wieder neu eingetroffen: Großer Posten elegante Herren-, Damen- u. Kinderstiefel, hochfeine braune Stiefel, ein großer Posten Pantoffel, Schaftstiefel, farbige Kinderstiefel, alle Größ., nur solange Vorrat, erstaunlich billig. Ferner: Herren- u. Damenuhren, Ketten, Weckeruhren und eine hochfeine Reparaturuhr selten billig. Bitte genau auf Millionen-Halle zu achten! 448

Theater 187

schöner Frauen Eldorado

Gr. Junkerstr. Abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung Im Kabarett Heitere Vorträge

Stadt-Theater.

Freitag den 22. April Anf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 1/11 Uhr. 4. Abend (graue Karten).

Der Trompeter von Säckingen.

Oper in 3 Aufzügen und 1 Vorspiel von Viktor G. Neßler. Sonnabend den 23. April 1910 Neu einstudiert! Die Ehre.

ZENTRAL THEATER

Die ideale Schönheit

in lebenden Bildwerken. Künsterliche Leistung: Henry de Vry. 27

Schenk Bros.

in ihren nie gefeh. Erids. Albert Böhme mit neuen glänz. Schlagern

Joe Jackson, Waga-

bund u. weit. 6 Attraktionen!

Fürstenhof-Theater

Dir. Müller-Sparr Eing. Prälaturstr. Anfang 8 1/2 Uhr. Seine Kleine Im Sonnwendhof Junge Ehe

Die Beerdigung des Monteurs Otto Giebel

findet am Freitag nachmittags 2 Uhr von der Halle des Neuhäufers Friedhofs aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Magdeburg. 203 Nachruf. Am 19. d. M. nach unser Mitglied, der Elektromonteur

Otto Giebel

erst 27 Jahre alt, nach langer Krankheit. Ehre seinen Andenken! Die Verwaltung. Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 2 Uhr von der Halle des Neuhäufers Friedhofs aus statt.

Walhalla-Theater 351

Prinz und Bettlerin

Romantisch. Militärschauspiel in 4 Akten mit Musik von W. Howard. deutsch von Luz

Wilhelm-Theater

Freitag den 23. April Benefiz für das gesamte Chorpersonal Gastspiel Rudolf Frenzel. Einmalige Aufführung! Der Rastelbinder. Sonnabend und Dienstag Die geschiedene Frau. Sonntag, abends Auf allgemeinen Wunsch! Die Förster-Christl.

Stephanshallen

Dir. Rich. Prohertz — Abends 8 Uhr — Varieté-Vorstellung Streng besetztes Programm für Familien-Publikum

Eugen Tamm, Schuhhaus

Sudenburg

Halberstädter Straße 114/15

Jakobstraße 40

Ecke der Tischlerkrugstraße

Sonnabend
Sonntag



Billige Preise



Sonnabend
Sonntag

für schwarze und farbige Schuhwaren

	27-30	31-33	34-35
Kinderstiefel			
Kinderstiefel Borgals, erstklassiges Fabrik, breite Formen	5.40	5.90	6.40
Kinderstiefel braun Chevreau, auch mit Lacktappen	5.90	6.40	6.90
Kindleder-Sandalen feste Ledersohle, Lederlappen	2.90	3.40	3.90
Turnschuhe, Segeltuchschuhe, Lastingschuhe			
Herrenstiefel zum Schnüren, schlanke Form, auch mit Lacktappen	7.50		
Herrenstiefel Borgals, sehr billig			
Herrenstiefel Vorhose, zum Schnüren, in sehr gut passend. Formen	8.50		
Herrenstiefel amerikanische Form, Derby und Lacktappen	10.50		

Damenstiefel		
Damenstiefel braun Chevreau, amerik. Form, auch mit Lacktappen	7.50	
Damenstiefel braun Chevreau, eleganteste Ausführung	10.50	
Damenstiefel Chevreau, elegante, schlanke Form, hoher Absatz, auch mit Lacktappen	7.50	
Damenstiefel Vorhose, schlanke Form, Lacktappen	6.50	
Damenstiefel weiches Chromleder, in allen Ausführungen, das Beste in diesen Preislagen	10.50	8.50
Ein Damen-Goodbear-Bett-Stiefel in den Größen 35, 36, 37 nur	5.50	

Möbel

Billige Bezugsquelle
ganzer Wirtschaften
sowie einzelner Möbel
Bequeme Zahlungsweise
Magdeburger Möbel-Magazin
Georgenstr. 8
Kein Laden
Keine Schaufenster
Bitte besonders auf Firma und Hausnummer
zu achten, 2. Haus rechts von der Ritzgerstraße.

Sie vergrößern Ihren Umsatz in Zigarren

so bald Sie meine beliebtesten Spezialmarken zum 5- und 6-Pf.-Verkauf einführen.
5-Pf.-Zigarren à Mille 34—38 Mark
6-Pf.-Zigarren à Mille 40—48 Mark
Kein Risiko, da nicht passende Ware zurücknehmen. Proben à 100 Stück zum Willkürpreis, nach außerhalb 300 Stück franco per Nachnahme. — Die sich täglich vergrößernden Nachbestellungen beweisen die größte Zufriedenheit der Kundschaft.
Otto Schmid, Magdeburg
Zigarren, Zigaretten und Tabak en gros
Regierungstraße 10, Fernsprecher 4379.

Nähmaschinen-Reparaturen!?

Reparaturen an Nähmaschinen aller Systeme, auch Spezialmaschinen, werden sofort und sachgemäß in unserer Werkstatt ausgeführt. Ersatzteile und Nadeln zu unserem Plättchen sowie Garnen, Seide und Waschseiden halten stets zu mäßigen Preisen auf Lager.
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges., Magdeburg, Breitenweg 174, Jakobstraße 41.

Elegantes neues Herren- u. Damenrad, 1 Jahr Garantie, billig zu verkaufen. Richter, Königstraße 17, I. Tr. 243

Große Barbierstube pro Jahr 40 Mk. zu vermieten Schrotestraße 56.

Billige Fleisch-Offerte!

Freitag, Sonnabend, Sonntag sind die drei billigsten Tage und kostet Schweinefleisch: Raten, Blatt nur 75 Pf., Bauch nur 70 Pf., Hammelfleisch 70, 60, 50 Pf., Kalbfleisch 70, 60, 50 Pf. sowie Rindfleisch zum Kochen nur 50 und 60 Pf., Schmorfleisch 65—70 Pf., Gehacktes nur 70 Pf. sowie Rot-, Leber- und Sülzwurst nur 70 Pf., gute harte Bratwurst nur 90 Pf., das Pfund, Rippensteck 90 Pf., in ganzen Steilen 80 Pf., Schlachtwurst 1.20 Mk.

Damen
Sehr sauber und schid. Modemützen, wobei mögliche Zutaten Verwendung finden, großes Lager in fertigen Hüten, Sport- und Kinderhüten, Kindermützen, Trauerhüten, Haffons, Blumen, Federn, Bändern, Agraffen usw. bei Ida Senff, Putzgeschäft, Neustadt, Handlburger Straße 1

Friedrich Meyer

Neustadt, Lübecker Str. 22.
Besonders billiges Angebot!
Ca. 2000 Stück
Damen-Bemden aus gut. Rendestuch, mit Samette, in drei verschied. Formen 1.10
Damen-Beinkleider aus gutem Rendestuch, mit Samette 1.10
Damen-Beinkleider aus Prima Käperbarchent, mit Spitze bejezt 1.10
Damen-Nachtjacken aus Prima Käperbarchent, m. Spitze u. Samette bejezt 1.10

Prima Speisefarbstoffe 10 Pf. 25 Pf., Str. 2.00
Sunderfarbstoffe 10 Pf. 40 Pf., Str. 3.25
12 Sorten Speise- und Essigfarbstoffe Str. von 2.00 an
Lieferung des Obst- und Gemüse-Börse, Große Marktstr. 12.

Auf Kredit!
Teilzahlung
Möbel, Betten, Polsterwaren
Kinderwagen
Herren- u. Knaben-Garderobe
Schwarze und farbige Kleiderstoffe
sämtliche Manufakturwaren
Theodor Matthies
Breitenweg 82, I. Et.
Ecke Vossische Str. Ecke Vossische Str.

Plüschsofa neu, am billigsten i. d. Holtenmerktl. Str. Mühlstr. 17, D.C.



56 ← → **56**
Breitenweg 56
1 Treppe kein Laden
Lager fertiger Herren- u. Knabenkleidung
1000 Mark Belohnung
demjenigen, der nachweist, daß die nachstehenden Veröffentlichungen auf Unwahrheit beruhen.
Mit dem Grundsatz „Ganz geringen Nutzen — Massenumsatz“ hat das Weltmagazin mit dem heutigen Tage ein Verkaufssystem eingeführt, welches streng recht und in bezug auf fabelhafte Billigkeit in dieser Branche konkurrenzlos in Magdeburg dasteht.
Das neue Verkaufssystem:
Das Weltmagazin verkauft sämtliche fertige Herren- und Knaben-Garderoben mit dem nachweislich geringen Nutzen von nur 20 Pf. an 1 Mark (20 vom Hundert), wo allgemein in dieser Branche 50—50 Pf. pro Mark und noch mehr Bedienung aufgeschlagen werden müssen.
Beispiele:
Eulerpreis 0.50 Mark Verkaufspreis für den Käufer 0.20 Mark
1.00 „ „ „ „ „ „ 0.20 „ „
5.00 „ „ „ „ „ „ 6.00 „ „
Jemand kauft nun im Weltmagazin einen Anzug oder Paletot, der die Firma 10 Mark kostet, mit 12 Mark, eine Jacke oder Hose, die die Firma 5 Mark kostet, mit 6 Mark usw. usw.
Die Eigenarten des neuen Verkaufssystems:
1. Sämtliche Herren sind mit Aufhängeschildern versehen, auf denen der Einkaufspreis der Firma (mit Original-Notierungen der Fabrikanten) und der Verkaufspreis in deutlichen Zahlen zu lesen sind.
2. Auf Wunsch werden jedem Käufer die Original-Notierungen der Fabrikanten vorgelegt, um die Preise vergleichen zu können.
Sobald die Notierungen über dieses neue Verkaufssystem enthalten die im Geschäftsbüchlein angehängten Pläne.
Durch dieses neue Verkaufssystem ist das Weltmagazin nachweislich das billigste Unternehmen am Platze.
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Weltmagazin
(Friedrich Paul)
Magdeburg, Breitenweg 56, 1 Treppe — kein Laden.

Stoffhosen für jeden Zweck führt als Spezialität zu
3.00 4.00 4.50
5.00 5.75 6.50
G. Gehse
Johannsfahrtstr. 14 neben dem Wilhelm-Theater. Filialen in Neustadt und Fernersehen

Heute Freitag u. morgen Sonnabend offer. in allerfrischester Ware:
ff. Kalbfleisch
Keule, Niere a Pfund von 50, an Brust a Pf. nur 50,
Ia. Rindfleisch
Bratenstücke ohne Knochen, a Pf. 75, Suppenfleisch a Pf. 55,
Ia. Schweinefleisch
zu bekannt billigen Preisen
Enter Pf. 30, bei 5 Pf. 25, Herz Pf. 45, bei 5 Pf. 40,
Rinderleder Pf. 70, Ochsenjuchanz und Nieren Pf. 55,
Kalbslunge mit Herz 45, Leber 80, Köpfe 30—40.

A. Bosse
Gr. Münzstraße 14 u. Kaiserstraße 55.

Globus
Putzextrakt
putzt besser als andere
Metal-Putzmittel.

Arbeiter-Liederbuch
für Massen-Gesang
23 Lieder
Preis nur 5 Pfennig empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3

56 ← → **56**
Kein Laden! 1 Treppe Breitenweg